



Dokumentationszentrum für die Opfer rassistischer Gewalt 1999–2007 ff.

Zwischenstand Juli 2023 Expertise Cluster 1

**Bundesweite Bestandsaufnahme von Aufarbeitungsaktivitäten
und Einbindung von Betroffenenperspektiven**

Wissenschaftliche Arbeit

Çağan Varol, Lee Hielscher
Yasmin Dreessen

Projektleitung

Prof. Dr. Sabine Hess

Projektkoordination

Dr. Jelka Günther

Inhalt

1.	Methodisches Vorgehen – Vorstellung der Gesprächspartner*innen	4
1.1	Systematisierung des Feldes	5
1.2	Erstellung des Samplings	5
1.3	Übersicht der interviewten Personen	6
1.4	Teilnehmende Beobachtung, Raum und Begegnung	6
1.5	Offener Gesprächsleitfaden	7
1.6	Qualitative Datenanalyse	8
2	Erfahrung, Rezeption und Konsequenzen der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. aus der Perspektive der Opfer und Betroffenen.....	10
2.1	Kämpfe um Opferdefinitionen	11
2.2	Opfer und Betroffene als widerständige Akteur*innen gegen rassistische Gewalt.....	13
2.3	Mehrdimensionale rassistische Gewalterfahrungen vor 2011	14
2.4	Prozess und Untersuchungsausschüsse nach 2011	18
2.5	Aufarbeitung und staatliches Gedenken oder die „Schwierigkeit, Rassismus zu erinnern“	20
3	Handlungsmacht gegenüber strukturellen Belastungen und Traumatisierungen	23
3.1	Aufforderungen zu einem anderen staatlichen Umgang mit den Bedürfnissen von Opfern und Betroffenen	26
3.2	Ansätze gelungener Initiativen und unterstützender Erlebnisse	27
4	Über den Ort: Perspektiven und Wünsche der Betroffenen	30
4.1	Inhalte	30
4.2	Struktur	41
4.3	Organisationsstruktur	45
4.4	Vorgehen – weitere Prozessgestaltung: „Ich möchte nicht mehr enttäuscht werden“	48
5	Resümee	50

In Erinnerung an/Anısına

Enver Şimşek (am 9. September 2000 in Nürnberg ermordet)

Abdurrahim Özüdoğru (am 13. Juni 2001 in Nürnberg ermordet)

Süleyman Taşköprü (am 27. Juni 2001 in Hamburg ermordet)

Habil Kılıç (am 29. August 2001 in München ermordet)

Mehmet Turgut (am 25. Februar 2004 in Rostock ermordet)

İsmail Yaşar (am 9. Juni 2005 in Nürnberg ermordet)

Theodoros Boulgarides (am 15. Juni 2005 in München ermordet)

Mehmet Kubaşık (am 4. April 2006 in Dortmund ermordet)

Halit Yozgat (am 6. April 2006 in Kassel ermordet)

Michèle Kiesewetter (am 25. April 2007 in Heilbronn ermordet)

Die Opfer der Bombenanschläge:

Mehmet O. in Nürnberg vom 23.06.1999.

Die Familie in der Kölner Probsteigasse vom 19.01.2001.

Die 22 Verletzten der Nagelbombe in der Kölner Keupstraße vom 09.06.2004.

Die Menschen, welche an den Spätfolgen der Anschläge starben und öffentlich geworden sind

Atila Özer (2017 an den Spätfolgen des Anschlags in der Keupstraße gestorben)

Sowie alle durch die rassistische Gewalt, die gesellschaftliche Ignoranz und behördlichen Ermittlungen bis heute geschädigten Angehörigen und Freund*innen.

1. Methodisches Vorgehen – Vorstellung der Gesprächspartner*innen

Unsere Aufgabenstellung beinhaltete sowohl die Erhebung der bisherigen Aufarbeitungsaktivitäten der rassistischen Gewaltserie des NSU-Komplexes (1999–2007 ff.)¹ als auch eine Erhebung der Vorstellungen von Opfern und Angehörigen sowie ihres unterstützenden Umfelds bzgl. eines zukünftigen Doku-Zentrums oder Erinnerungsortes. Wie nahmen diese zweiseitig ausgerichtete Fragestellung, nach einem Rückblick wie nach einem Ausblick, zum Anlass für eine empirisch-qualitative Forschung, die sowohl Dokumenten- und Webanalysen im Sinne einer desk research als auch eine empirische Datenerhebung über Interviews, Gespräche und Teilnehmende Beobachtung umfasste. Zunächst erstellten wir einen Feldüberblick im Rahmen verschiedener Mappings, in dem wir verschiedene Zugangswege zur Beschäftigung mit dem komplexen Themenfeld zusammentrugen, stets mit Fokus auf die Perspektiven von Opfern und Betroffenen. Es zeigten sich deutlich verschiedene Bereiche, in denen die Opfer und Betroffenen aktiv geworden waren. Dies war in erster Linie das Erkämpfen der Trauer und der Aufklärung während der Ermittlungsphase und vor dem Öffentlichwerden des im Untergrund agierenden Täter*innennetzwerks. Hierzu liegen nur wenige Primärquellen vor, da faktisch keine mediale Aufmerksamkeit für die Perspektive der Opfer und Betroffenen bestand. Auch zwei Demonstrationen im Jahr 2006, auf der mehrere Redebeiträge gehalten wurden, erhielt kein öffentliches Echo. Nach dem 4. November 2011 veränderte sich die Quellenlage und Stimmen von Opfern und Betroffenen erhielten vermehrt Aufmerksamkeit. Unsere Quellen- und Materialsichtung bezieht sich daher größtenteils auf die Situation ab 2011.

¹ Der Zeitraum (1999–2007 ff.) bezieht sich auf den ersten Anschlag auf die Sonnenscheinbar in Nürnberg im Jahr 1999 mit allen weiteren Taten bis zum Mord an der Polizistin Michéle Kiesewetter im Jahr 2007 in Heilbronn, bei der ein weiterer Polizist schwer verletzt wurde. Dass die letzte bekannte Tat des NSU allen Erkenntnissen keinen rassistischen Inhalt hatte ist den Autor*innen dieser Studie bewusst, wie beziehen sie jedoch ein, da auch in diesem Zusammenhang die polizeilichen Ermittlungen zunächst einer rassistischen Logik folgend sich gegen die Minderheit der Rom_nja richteten. Mehmet O. und die Familie Kiesewetter konnte jedoch angesichts des kurzen Untersuchungszeitraums bis zum Abschluss dieser Expertise noch nicht interviewt werden. Die antisemitischen Anschläge des NSU vor 1999 sowie die Opfer der Banküberfälle bis 2011 sind nicht Teil des Auftrags dieser Expertise, wie auch nicht durch andere Täter*innen(gruppen) verübte rassistische Übergriffe und Gewalttaten in dem genannten Zeitraum. Mit dem Kürzel „ff.“ soll zum einem angezeigt werden, dass angesichts der ausbleibenden Aufklärung es nicht ausgeschlossen ist, dass Taten und Betroffene noch ermittelt werden; Zum anderen wollen wir mit dem Kürzel deutlich machen, dass auch mit Abschluss der Mordserie und der Selbstenttarnung des NSU-Trio im Jahr 2011 das Gesamtgeschehen für die Interviewten nicht abgeschlossen ist, wie es die Gesprächspartner*innen in dieser Expertise auch zum Ausdruck bringen.

1.1 Systematisierung des Feldes

Wir erstellten zunächst eine Übersicht der verschiedenen Formen und Felder der Auseinandersetzungen mit der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. und sortierten die vielfältigen Aktivitäten nach Akteur*innenkategorien und ihrer primären Zielrichtung. Die verschiedenen Felder der Auseinandersetzung mit den Taten lassen sich dabei in die Kategorien „Stärkung der Opfer und Betroffenenperspektive“, „Gedenken und Erinnern“, „Ermitteln und Aufklären“ sowie „Prävention“ einteilen. Auf Basis dieser ersten Strukturierung des Feldes ließen sich die wichtigsten beteiligten Akteurskategorien benennen: Opfer und Betroffene, zivilgesellschaftlich-politische Initiativen, künstlerische Praktiken sowie staatliche Maßnahmen. Darauf folgend erstellten wir eine systematische Bestandsaufnahme der Aktivitäten in den einzelnen Städten (an Tatorten sowie in Täter*innenherkunftsstädten²) und Bundesländern, wobei wir diese entlang der Akteurskategorien aufschlüsselten, wie wir es im Zwischenstandsbericht vom Mai 2023 dargelegt haben. Zudem erstellten wir eine Übersicht der verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und untersuchten diese Dokumente auf Maßnahmenpakete in Bezug auf den Aktionsbereich „Prävention“. Hierbei ließ sich deutlich erkennen, dass der größte Bereich der Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalt des NSU Komplexes im künstlerischen Feld stattfand. Daher führten wir auch in diesem Bereich eine qualitative Auswertung durch und ordneten den einzelnen künstlerischen Produktionen ihre Ausrichtung zu (siehe Zwischenstandsbericht Mai 2023).

1.2 Erstellung des Samplings

Aufbauend auf dieser Systematisierung des Untersuchungsfeldes erstellten wir eine Struktur der empirischen Forschungsphase, in der wir die Bedarfe, Vorstellungen, Ideen und Wünsche der Interviewten in Bezug auf die Idee der Errichtung eines möglichen „Dokumentationszentrums“ dialogisch in Gesprächen erheben wollten. Unsere zukünftigen Interviewpartner*innen ordneten wir in ein Bezugssystem zur rassistischen Gewalt des NSU Komplexes ein, in dessen Zentrum die Opfer und Betroffenen sowie ihr unterstützendes Umfeld aus Nebenklageanwält*innen, Ombudsbeauftragte und Opferberatungen standen. Darüber hinaus suchten wir nach Akteur*innen, die solidarisch im Sinne der Bedarfe und

² Das NSU-Netzwerk bestand nicht nur aus drei Personen und einigen wenigen Helfer*innen. Das Netzwerk im Westen aber auch im Osten wurde nicht weiter ermittelt und lässt sich daher nicht juristisch haltbar eingrenzen; daher sind Tatortstädte auch gleichzeitig als Täter*innenstädte zu verstehen.

Forderungen der Opfer und Betroffenen agiert hatten, zum Beispiel investigativ arbeitende Zusammenhänge im Bereich der Dokumentation rechter und rassistischer Aktivitäten wie auch im Bereich des Journalismus. Die zentrale Bedeutung des künstlerischen Bereichs hatten wir bereits in der ersten Feldsichtung feststellen können, ebenso den Bereich der Wissenschaft. Ein nur wenig entwickelter, aber bedeutungsvoller Bereich stellt die pädagogische Arbeit dar. Im Bereich der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung traten sowohl migrantische Selbstorganisationen als auch zivilgesellschaftlich-antifaschistische Initiativen auf.

Im Sinne einer dialogischen – und angesichts der traumatisierenden Erfahrungen notwendig sensiblen – Interviewführung beabsichtigten wir, den Opfern und Betroffenen von Anfang an die Möglichkeit der Mitgestaltung des Gesprächsverlaufs einzuräumen. Wir gestalteten die Interviewsituationen explizit als Gesprächssituation, wenn gewünscht auch mit Vertrauten und zu mehreren. Wir suchten alle interviewten Opfer und Betroffenen persönlich auf und ermöglichten zunächst ein Kennenlernen, das nicht an die Durchführung eines Interviews gekoppelt war. Damit beabsichtigten wir, dass die Opfer und Betroffenen sich grundsätzlich mit dem Anliegen der Befragung auseinandersetzen konnten und genug Zeit hatten, über ihre Teilnahme zu entscheiden. Wir achteten darauf, ruhige und komfortable Intervieworte zu finden, und stellten durch Nachfragen jederzeit sicher, dass sich die Interviewten wohlfühlten und die Befragung nicht über ihre Belastungsgrenze ging.

1.3 Übersicht der interviewten Personen

Für diesen Zwischenstand haben wir acht Interviews mit den Opfern und Betroffenen sowie einer nahestehenden Person ausgewertet. Eine Person hat auf Nachfrage seinen Redebeitrag auf einer öffentlichen Gedenkzeremonie zur Verfügung gestellt.

Auf Bitten der Interviewpartner*innen wurden diese anonymisiert.

1.4 Teilnehmende Beobachtung, Raum und Begegnung

Von entscheidender Bedeutung für die qualitative Forschungsphase war es, die Interviewten persönlich aufzusuchen, auch wenn dies einen hohen Aufwand in der begrenzten Forschungszeit bedeutete. Insbesondere in Bezug auf die Opfer und Betroffenen war das Aufsuchen an ihren Lebensorten ein wichtiger Schritt, um das benötigte Vertrauensverhältnis aktiv herzustellen. Dazu gehörte, auch an den Gedenktagen vor Ort präsent zu sein. Die praktische Solidarität im gemeinsamen Betrauern drückte dabei unsere Aufmerksamkeit und Hinwendung zu den Opfern und Betroffenen aus. Gedenktage sind ein bedeutsamer Moment des Zusammenkommens. Für die Opfer und Betroffenen sind dies

auch immer wieder die Momente, in denen sie sehen und spüren können, wer an ihrer Seite steht. Das gemeinsame Trauern war auch ein Moment des Kennenlernens, um Angebote des Sprechens zu unterbreiten.

Zugleich stellten die Vorortbesuche aber auch einen Teil der Bestandsaufnahme der Aufarbeitungsaktivitäten dar. Mehr als zwölf Jahre nach der Enttarnung der Tatzusammenhänge und teilweise über 20 Jahre nach den Morden und Anschlägen stellt sich vielerorts die Frage, wie eine lebendige Gedenkkultur gestaltet werden kann. Die Gedenktage werden bundesweit sehr unterschiedlich begangen und durchgeführt. Zugleich dauert die Schaffung von Gedenkorten vielerorts bis heute an, und viele der bestehenden Orte wurden von den Familien und Initiativen selbst errichtet. Dies bietet eine Verortung der Taten im öffentlichen Raum und damit auch einen wichtigen Bezugspunkt für Gedenkaktivitäten. Im Rahmen von teilnehmenden Beobachtungen sowie kulturanthropologischer Stadtraumuntersuchungen einer Reihe von Gedenkveranstaltungen und -orten trafen wir auf sehr unterschiedliche Formen des Gedenkens, sowohl in der inhaltlichen Ausgestaltung und der Größe als auch der Zusammensetzung der Teilnehmenden an den Veranstaltungen.

1.5 Offener Gesprächsleitfaden

Unser Interviewleitfaden fokussierte vier Themensegmente. Wir eröffneten zunächst mit dem Blick auf den aktuellen Moment: Wir fragten, wie es den Interviewten aktuell geht, welche Fragen und Themen in ihren Leben momentan anstehen. Hierbei warfen die Interviewten häufig schon ein Schlaglicht auf aktuell drängende Themen wie finanzielle und existenzielle Nöte, aber auch die fehlende Aussicht einer lückenlosen Aufklärung. Davon ausgehend bewegten wir uns zeitlich zurück und fragten nach selbst gewählten Praktiken der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Taten und ihren vielfältigen Bedeutungsebenen. Wir fragten sowohl nach der Zeit zwischen den Taten und dem 4. November 2011 als auch nach der Zeit von 2011 bis heute. Hierbei interessierten uns sowohl Lebenssituationen und Auswirkungen der rassistischen Gewalt auf das eigene Leben, die wahrgenommene gesellschaftliche Lage und die soziopolitischen Themen dieser Zeit als auch die eigenen Praxen im Umgang damit. Im zweiten Schritt fragten wir danach, wie sich Politik, Verwaltung, Exekutivorgane, Medien und Gesellschaft nach Wahrnehmung der Befragten mit den Taten auseinandersetzen. Hierbei interessierten uns sowohl positiv wahrgenommene Erlebnisse wie auch Leerstellen und problematische Ereignisse. Dabei baten wir unsere Interviewpartner*innen, Themenfelder, Zielrichtungen, Akteur*innen wie auch Maßnahmen zu benennen. Im dritten Teil umkreisten wir mit den Interviewten die Fragestellung der Erinnerung und Dokumentation. An diesem Punkt baten wir darum, die Aspekte zunächst unabhängig von einem Ort oder einer Einrichtung zu denken, um inhaltliche Vorstellungen und Wünsche zu erfahren. Welche Bereiche und Themenfelder

erachten sie als darstellenswert und wichtig für einen derartigen Ort? Hierbei untersuchten wir mit den Befragten gemeinsam, an welchen Punkten es zu diesen Themen bereits Bemühungen gab und wo es Mangelbereiche gibt. Immer wieder versuchten wir dabei, gemeinsam Resümees zu erstellen, um mit unseren Interviewpartner*innen die Forderungen und Aufgaben einer heutigen und zukünftigen Auseinandersetzung mit den Opfern wie auch mit den Taten zu konturieren und beständig zu prüfen, inwiefern dies mit den persönlichen Bedarfslagen korreliert. Dies ermöglichte, die Spannungsfelder zwischen persönlichen Bedürfnissen, sozialen Erwartungen, politischen Forderungen und Erfahrungen mit bisherigen staatlichen Anforderungen präsent und debattierbar zu halten. Häufig drehten die Interviewten auch die Interviewsituation in der Hoffnung um, von uns als Befragende mehr über Pläne der Bundesregierung oder der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) zu erfahren.

Ausgehend von der Klärung von Bedarfen und Wünschen der Aufarbeitung, Aufklärung, Ermittlung, Dokumentation sowie der Erinnerung versuchten wir, mögliche Praxen und Konkretisierungen zu erfragen. Hierbei nutzen wir den Begriff des „Dokumentationszentrums“ als Orientierungspunkt und versuchten hierbei auch zusammen, die Imagination so weit produktiv zu machen, um auch über Organisationsformen, Entscheidungsstrukturen, gewünschte Kooperationen diskutieren zu können. Hierbei kam auch die Frage auf, inwiefern sich die Gesprächspartner*innen ein eigenes Engagement in einer derartigen Einrichtung vorstellen könnten und was ihre Wünsche und denkbare Szenarien für die eigene Partizipation und Mitarbeit wären. Der Vielzahl der möglichen Aspekte der zukünftigen Arbeit versuchten wir in den Interviews ausreichend Raum zur Debatte und Auseinandersetzung zu geben. Abschließend stellten wir die Frage nach der Verortung und Lokalisierung eines derartigen Zentrums. Im abschließenden Teil unserer Interviews richteten wir den Blick mit unseren Interviewpartner*innen auf die nächsten Schritte und fragten sie, ob für sie eine Beteiligung an den avisierten Konsultationsrunden vorstellbar wäre und welche Bedarfe sie in Bezug auf deren Ausgestaltung hätten.

1.6 Qualitative Datenanalyse

Die Interviews stellen ein dichtes Zeugnis bzgl. der großen Bandbreite der Auseinandersetzung mit den Folgen der rassistischen Gewalt des NSU Komplexes dar und schneiden Fragen und Aufgaben für zukünftige Aktivitäten an. Das erhobene Material unterzogen wir einer qualitativen Datenanalyse, welche auf den Methoden der Grounded Theory aufbaut. Wir sichteten alle Interviewtranskripte und fassten die Aussagen sukzessiv zusammen. Aus den Aussagen erstellten wir zunächst offene Codes, welche wir im Zuge der weiteren Überarbeitung zu Codesets verdichteten. Dieser Prozess läuft aktuell noch, ebenso ist unsere Erhebungsphase noch nicht abgeschlossen. Somit gibt dieser Bericht einen Zwischenstand der aktuell noch laufenden Arbeit ab, was jedoch ein adäquates Abbild der

vielfältigen Aktivitäten in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. ist. Die Aussagen der Opfer und Betroffenen sowie ihre Gewichtungen und Deutungen bilden in diesem Sinne die Grundlage dieses Zwischenberichts.

2 Erfahrung, Rezeption und Konsequenzen der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. aus der Perspektive der Opfer und Betroffenen

Am 23. Juni 1999 explodierte in der Pilsbar Sonnenschein in der Nürnberger Südstadt eine Bombe. Die von Mehmet O. gerade erst feierlich eröffnete Bar sollte ein Treffpunkt für alle Menschen im Viertel werden. Der Betreiber wurde Opfer einer in einem weitverzweigten Untergrundnetzwerk agierenden neonazistischen Gruppierung. Erst ein Unterstützer des Täter*innennetzwerks offenbarte im Prozess am OLG München 2013, dass auch der Anschlag auf die Pilsbar Sonnenschein Teil der Mord- und Anschlagsserie des Täter*innennetzwerkes war. Mehmet O. wurde erst in diesem Moment als wohl erstes Opfer des NSU-Komplexes bekannt, eine Teilnahme als Nebenkläger am Prozess wurde ihm jedoch nicht mehr ermöglicht. Laut eigener Aussagen erfuhr er jedoch erst Jahre später, hiervon, als ein Recherche-Team des Bayerischen Rundfunks und der Nürnberger Nachrichten ihn 2018 ausfindig gemacht hatten.³

Diese kurze Einführung in die Geschichte zu Mehmet O. zeigt auf, wie die Taten des „Netzwerks aus Kameraden Nationalsozialistischer Untergrund / NSU“ bis heute nicht geklärt sind, sondern von zahlreichen Auslassungen und Reduktionen geprägt werden. Der Versuch, aus der Perspektive der Opfer und Betroffenen die Bedeutungen der Taten zu erforschen, zieht auch eine Sensibilität für Definitionen und Begriffe nach sich. Aus diesem Grund verzichten wir innerhalb dieses Textes weitestgehend auf die Nennung der Täter*innengruppierung und schlagen daher eine andere Bezeichnung der Taten vor: *rassistische Gewalt 1999–2007 ff.*

Dies bricht in zwei Richtungen mit der bisher etablierten Definition. Es entgrenzt die etablierte Zeitrechnung der Mord- und Anschlagsserie vom ersten dokumentierten Mord an Enver Şimşek hin zu dem im Bekenner*innenvideo proklamierten Ende mit dem Mord an Michèle Kiesewetter. So verweist „2007 ff.“ darauf, dass die Täter*innen weiterwirkten – ob persönlich oder als Vorbilder für andere. Weiterhin verdeutlicht dies, dass es sich auf der Erfahrungsebene für die Opfer und Betroffenen nicht nur um Akte der eliminatorischen

³ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-entschaedigt-nsu-opfer-des-taschenlampen-attentats,Tjz1vHG>.

physischen Gewalt handelte, sondern die Rassismuserfahrung durch die polizeiliche Ermittlung, mediale Diffamierung und soziale Stigmatisierung erweitert wurde. Die Opfer und Betroffenen berichten, dass die gewaltvollen Erfahrungen nicht im Jahr 2007 endeten, sondern bis heute andauern und immer wieder aktualisiert werden. Im folgenden Abschnitt tragen wir daher aus den Berichten der Opfer und Betroffenen zusammen, wie die Vielzahl an sich überlagernden rassistischen Gewalterfahrungen bis heute ihr Leben prägt und damit grundlegend das Grundverständnis eines Dokumentationszentrums beeinflusst.

2.1 Kämpfe um Opferdefinitionen

Laut der Programmatik des Koalitionsvertrags der Regierungsparteien SPD, Bündnis90/Die Grünen und der FDP wird in der 20. Legislaturperiode die Schaffung eines Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU beabsichtigt. Um die Frage zu bearbeiten, was „für die Opfer“ bedeutet, ist zunächst zu präzisieren, wer die Opfer sind. Dies ist für das Themenfeld von zentraler Bedeutung, da der Entzug des Opferstatus für die rassistische Gewalt 1999–2007 ff. kennzeichnend ist. Die Morde und Anschläge an Gewerbetreibenden mit einer türkischen, kurdischen oder griechischen Identität kennzeichnet, dass bis zur Veröffentlichung der Tatzusammenhänge im November 2011 eine Opfer-Täter-Umkehr praktiziert wurde. Den Opfern wurde ein deviantes bis delinquentes Handeln unterstellt, womit sie selbst zum Auslöser der Gewalt stilisiert wurden. Erst nach dem Jahr 2011 Opfer sein zu dürfen ist, eine von allen Opfern und Betroffenen geteilte Erfahrung.

Bevor wir näher untersuchen können, was die Bedürfnisse der Opfer der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. sind, müssen wir zunächst fragen, wer diese Bedürfnisse überhaupt formulieren kann. Die Mordopfer können ihre Bedürfnisse nicht mehr artikulieren, einzig die Überlebenden der Anschläge sind dazu in der Lage. Daher richtet sich die Fragestellung zu Aufklärung, Aufarbeitung, Dokumentation, Untersuchung und Vermittlung der mehrdimensionalen rassistischen Gewalttaten zwischen 1999–2007 ff. in erster Linie an die Familien und Freundeskreise von Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter; an die Familien und Freundeskreise der Opfer der Bombenanschläge in der Pilsbar Sonnenschein Nürnberg, im Lebensmittelladen Probsteigasse Köln und im Friseurladen Özcan Y. in der Keupstraße Köln sowie der an den Spätfolgen der Bombenanschläge verstorbenen Opfer wie Attila Özer. Im Fall der Bombenanschläge sind hier also direkte Opfer politischer Anschläge angesprochen. Im Fall der Opfer politischer Morde werden die Gesprächspartner*innen häufig als *Angehörige* verstanden und gewertet. Auf der juristischen Ebene spielt dabei das Verwandtschaftsverhältnis eine entscheidende Rolle für die Auszahlung von Renten. Im Fall einer erneuten Heirat entfällt damit auch der Angehörigen-Status gegenüber der Rentenkasse. Dies offenbart, dass Angehörige im juristischen Sinne nicht als Opfer der

rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. verstanden werden, sondern nur als eines Opfers angehörig.

Aufgrund der vielfältigen Bedeutungsebenen der Taten hinsichtlich der Morde, aber insbesondere wegen der exekutiv-medial-sozialen Verfolgung der Angehörigen wie auch des sozialen Nahumfelds der Mordopfer wäre jedoch ein erweitertes Verständnis der Angehörigen und Freund*innen als Opfer und Betroffene der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. notwendig. Wir lernten dies unter anderem von der Beschreibung eigener Traumaerfahrung eines Gesprächspartners / einer Gesprächspartnerin:

„Und dieses Trauma, was durch den Mord entstanden ist, wurde letztendlich familiär weitergegeben. Unbewusst, unterbewusst. Ich kann auch von mir nicht behaupten, dass ich stark traumatisch belastet bin. Aber ohne mit einem Psychologen darüber gesprochen zu haben, kann ich das auch nicht wirklich behaupten. Letztendlich kann ich nur für mich sprechen, dass ich auch irgendwo betroffen bin.“

Es wurde in den Interviews deutlich, dass die Erfahrungen der konsekutiven Viktimisierungen infolge von Ermittlungsarbeit, politischer Dethematisierung, medialer Diskursivierung und gesamtgesellschaftlicher Ignoranz nicht allein auf die Generation mit Primärerfahrung beschränkt bleiben, sondern intergenerationell weitergeben werden. Einzelne Gesprächspartner*innen beschrieben eindrücklich, wie die mehrdimensionalen Gewalterfahrungen auch für sie als 2.-Generation oder selbst als Verwandtschaft 2. Grades ihre Sozialisation und Aufwachsen prägte, wie die grundlegende Verunsicherung und Angstzustände sich auch auf sie übertrugen und bisher nicht therapeutisch aufgearbeitet wurden. Der Begriff der *Betroffenheit* scheint in diesem Sinne angebracht.

Wir empfehlen daher, diese über familiäre Verhältnisse des *Angehörigseins* hinausgehende Subjektpositionen durch die Bezeichnung *Opfer und Betroffene* zu benennen. Dies soll auch verdeutlichen, dass eher mit wachsenden und offenen Bezeichnungen und Verständnissen agiert werden sollte, als häufig beschränkende juristische Definitionen zu adaptieren. Dies ermöglicht auch immer wieder zu fragen, wie sich die Taten heute auf das Leben der Opfer und Betroffenen auswirken. Für den Alltag eines Gesprächspartners / einer Gesprächspartnerin ist dies prägend:

„Wenn ich sage: ‚traumatisch belastet‘, spreche ich von Übervorsichtigkeit, von chronischen Angstzuständen, von der Angst, allgemein rauszugehen, Veranstaltungen, andere Menschen kennenzulernen. Man verschließt sich als Mensch, man kann nicht offen gegenüber anderen Menschen sein, wenn man so ein Leid erfährt. Das ist so, ich versuche es, aber ich tue mich auch schwer. Deswegen spreche ich auch davon, dass ich mich auch belastet fühle, weil, es war auch nicht einfach. Ich hatte auch Angst, hierher zu kommen, weil, letztendlich kenne ich euch nicht. Letztendlich kann hier jeder auf mich warten und das ist so dieser Hintergedanke, der dadurch entsteht.“

Durch die Situationsbeschreibung wird deutlich, unter welch belasteten Umständen Interaktionen stattfinden und was von Opfern und Betroffenen als zusätzliche Belastungen

bei jeder Aktivität mitzutragen ist. Die Selbstbeschreibung unterstreicht, wie selbst das Leben der Person von grundlegenden Ängsten verunsichert wurde.

2.2 Opfer und Betroffene als widerständige Akteur*innen gegen rassistische Gewalt

Die einzigen Personen, die sich konstant und langjährig mit der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. auseinandersetzen, sind die Opfer, Angehörigen und Betroffenen selbst. Aufmerksamkeit und Unterstützung erhielten sie erst nach einem Jahrzehnt der vielfältigen Erfahrungen rassistischer Gewalt. Doch selbst dieser Unterstützung konnten sie sich größtenteils nicht sicher sein. Sie mussten sich die Unterstützung erst erkämpfen und waren vielerorts Instrumentalisierungen wie Retraumatisierungen ausgesetzt. Insofern steht auch das Vorhaben eines Dokumentationszentrums vor der Herausforderung, einen Kontrapunkt zu bisherigen Erfahrungen bilden zu müssen. Zum besseren Verständnis dieser Erfahrungen stellen wir im folgenden Abschnitt die Perspektiven der Opfer und Betroffenen auf die Taten dar.

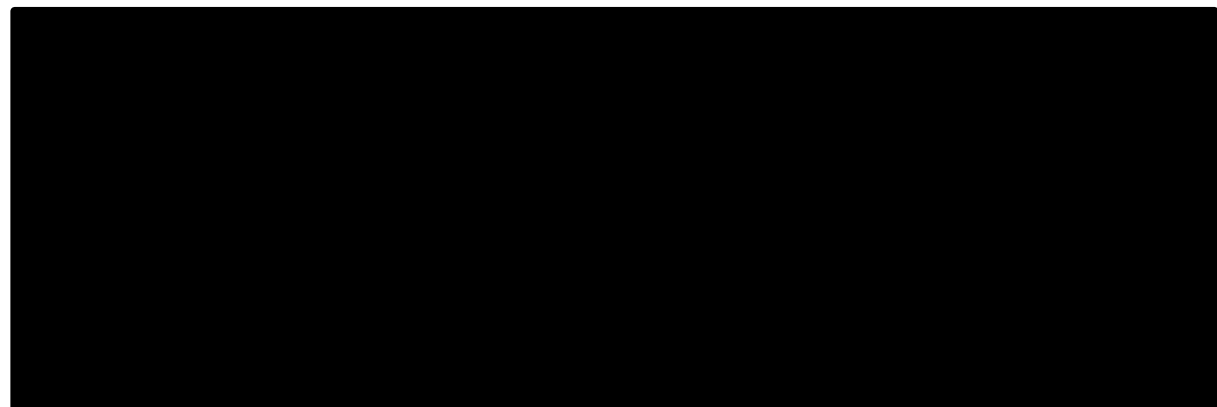
Wir untersuchen dabei zunächst die Zeit vor der Enttarnung der Tatzusammenhänge im November 2011. Hier haben Opfer und Betroffene trotz einer bundesweiten Kohärenz der Opfer-Täter-Umkehr konstant interveniert und immer wieder versucht, die Ermittlungsarbeit dahin zu leiten, Rassismus als mögliches Tatmotiv ernst zu nehmen. Angesichts der umfangreich auf eine Zermürbung der Opfer und Betroffenen konzentrierten Ermittlungsarbeit, die durch retuschierte und frei erfundene Beweismittel Verunsicherungen verstärken sollte, ist festzustellen, dass die Opfer und Betroffenen über eine hohe Resilienz und selbstständig organisierte Unterstützungsmaßnahmen verfügten. Ein entscheidendes Beispiel sind die Demonstrationen „Kein 10. Opfer!“ in Kassel und Dortmund beide im Frühjahr und Sommer 2006.

Während ihre Wahrnehmung außerhalb einer von persönlicher Migrations- und Rassismuserfahrungen informierten Gesellschaft auf Gleichgültigkeit stieß, veränderte sich die Aufmerksamkeit nach Veröffentlichung der Tatzusammenhänge durch das Bekennergvideo. Hierbei berichten die Opfer und Betroffenen sowohl von verletzenden als auch von bestärkenden Erlebnissen und können diese in ihren Qualitäten präzise beschreiben. Wir untersuchen daher im folgenden Teil explizit die Wahrnehmung von Aufklärung und Aufarbeitungsaktivitäten wie auch die Rolle von staatlichen Gedenkveranstaltungen.

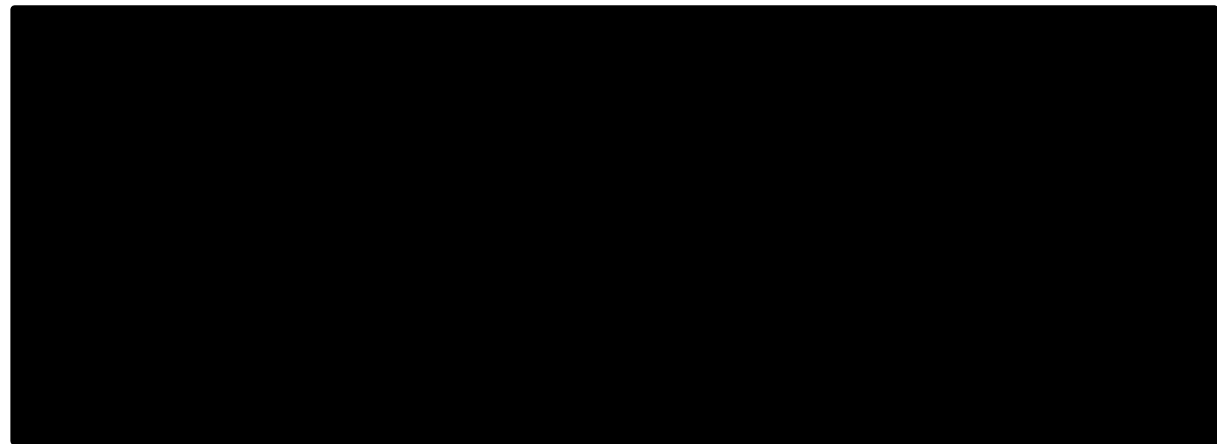
2.3 Mehrdimensionale rassistische Gewalterfahrungen vor 2011

Alle Angehörigen von Mordopfern haben sich ab dem ersten Tag für eine Thematisierung von Rassismus eingesetzt. In den Befragungen wiesen sie immer wieder auf einen möglichen rassistischen Hintergrund der Taten hin. Den Befragten lagen dabei dieselben Fakten vor wie den ermittelnden Beamten, sie kamen jedoch zu einer präziseren Tatbewertung und Ermittlungshypothese als die Behörden.

Für die Erfahrungen nach den Mord- und Anschlagstaten hat sich unter den Betroffenen der Begriff „Bombe nach der Bombe“ etabliert. Dies subsumiert die individuellen Erfahrungen mit der Ermittlungspraxis durch Staatsanwaltschaft und Polizei, mit dem Auftreten und Kommentieren von Politiker*innen wie auch der Umgang der Öffentlichkeit mit den Taten, insbesondere vermittelt durch die Medien. Diese individuellen Erfahrungen haben auffällig viel Deckungsgleichheit, nicht nur begrenzt auf den lokalen Kölner Raum, sondern bundesweit an allen Ermittlungsorten. Daher kann hier von einer translokalen Praxis gesprochen werden, welche sich als eine kollektive Erfahrung darstellt. Ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin beschreibt diese Erfahrung wie folgt:



Die Beschreibung deckt sich dabei mit den Berichten anderer Opfer und Betroffener: Die Polizei trat beständig mit demselben Fragenspektrum auf. Zugleich offenbart das berichtete Fragenspektrum aber eine zweifelhafte Kohärenz der polizeilichen Befragung: So wird nach Zuordnungen der Taten in inhaltlich diametral unterschiedliche Gruppierungen gefragt. Der einzige Zusammenhang ist, dass die befragten Organisationen zum geheimdienstlich konstruierten Zusammenhang des ausländischen Extremismus zählen. Zudem wird immer wieder der Bezug zu Mafia als Teil der organisierten Kriminalität hergestellt. Die einzige Verbindung zwischen den Ermittlungshypothesen der ermittelnden Beamten ist die einer migrantischen Identität – sowohl aufseiten der Opfer wie auch der möglichen Täter*innengruppierung. Diese Zuspitzung erfährt eine weitere problematische Ebene, indem jede andere Ermittlungshypothese aktiv verhindert wird, wie der Gesprächspartner / die Gesprächspartnerin weiter ausführt:



Die Aussage steht hier exemplarisch für eine Vielzahl von Vorkommnissen, die viele migrantisierte Personen berichten. Die interviewte Person beschreibt hier, wie sich der Polizeibeamte aktiv gegen die Aussage stellt, die Aufregung des mittlerweile über Tage redundant Befragten durch den körperlichen Eingriff zu beruhigen sucht und ihm verdeutlicht, von solchen Aussagen abzulassen. Die interviewte Person beließ es zwar bei dieser Aussage und zeigte damit Resilienz gegen die Einflussnahme des Polizeibeamten. Jedoch wirkte sich das Erlebnis auf den weiteren Umgang aus, indem die interviewte Person sich nicht mehr äußerte. Damit wurde die Person durch den Polizeibeamten zum Verstummen gebracht, und zugleich wurden die Hypothesen der Polizei als einzig gültige gefestigt.

Deutlich drastischer erlebte es ein Überlebender des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße. Auch wenn dieser, aufgrund seiner negativen Erfahrungen nicht mehr zum Anschlag reden wollte, berichtet der Gesprächspartner / die Gesprächspartnerin von der Stimmung des Verhörs:

„Bunlar işte sizin, polisin bize sorguda ,siz yaptınız, biliyorsunuz, bu bir İslami saldırı, haraç meselesi, PKK, İslami terör‘.“

Übersetzung: „Die Polizei sagte während [des] Verhör[s]: ‚Ihr habt es getan, wisst ihr, das ist ein islamischer Anschlag, eine Sache des Schutzgeldes, der PKK, des islamischen Terrors.‘“

Hierbei offenbart sich, dass für die polizeiliche Ermittlungsarbeit nicht nur ein Bedrohungsszenario maßgeblich war, das die Opfer umgibt, sondern die Opfer selbst zu aktiven Tätern deklariert werden. Dies hinterließ eine tiefgreifende Verunsicherung, wie es die interviewte Person weiter beschreibt:

„Bu sizin, bir daha işte İçişleri Bakanı ikinci gün bir açıklama yaptı buna yönelik. Polisi yanlış yöne yönlendirdi. İşte bunlara baktım dedim, ben gidersem, gidip ifade versem falan.“

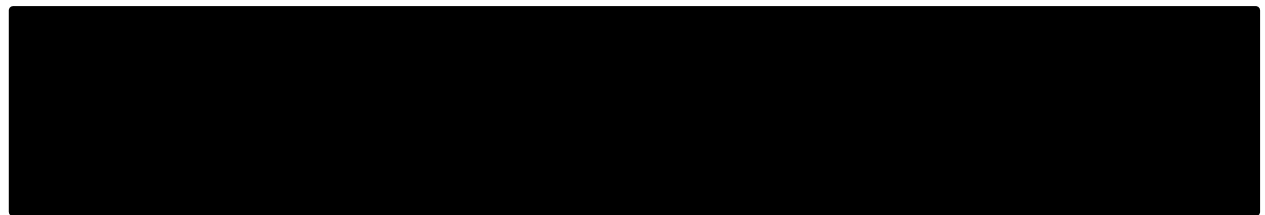
Übersetzung: „Der Innenminister hat sich am zweiten Tag noch einmal dazu geäußert. Er hat die Polizei in die falsche Richtung gelenkt. Ich habe mir das alles vor Augen geführt und fragte mich, was passiert, wenn ich hingehge und eine Erklärung abgebe.“

Somit verdichtete sich für die Opfer und Betroffenen eine Ermittlungsarbeit, die ausschließlich gegen sie gerichtet wurde und innerhalb derer es keine Möglichkeit gab, Kontraste zu setzen, wie die interviewte Person ausführt:

„Tabi bu polis, ifademi almadığı için ben de şüphelendim.“

Übersetzung: „Da die Polizei meine Aussage nicht aufnahm, wurde ich natürlich auch misstrauisch.“

Diese Form der fehlenden Achtung gegenüber den Aussagen der Opfer führte zu einer tiefgreifenden Verunsicherung, welche sich körperlich wie auch seelisch niederschlug. Ein solches Gefühl des grundlegenden Sicherheitsverlustes ist es auch, was terroristische Taten in ihrer Funktionsweise kennzeichnet. Diese Belastungssituation wurde erweitert durch eine überwiegend vermisste Sensibilität der Polizeibeamten gegenüber den Opfern.



Das Gefühl, allein zu sein, koppelte sich also mit dem Gefühl, selbst im Fadenkreuz der Ermittlungsarbeit zu stehen, was hier als Belastungssituation lesbar wird, welche eine zusätzliche Sequenz der Traumatisierung darstellt.

Aufgrund des mangelnden medialen Interesses an der Perspektive der Opfer und Betroffenen erfolgten die oben geschilderten Auseinandersetzungen vornehmlich auf individueller Ebene und sind bisher nur durch die Erzählungen der Opfer und Betroffenen dokumentiert. Jedoch versuchten Opfer und Betroffene, durch zwei selbstorganisierte Demonstrationen öffentlich wahrnehmbar zu werden. Unter der Parole „Kein 10. Opfer“ gingen 2006 in Dortmund und Kassel Tausende Menschen auf die Straße. Sie thematisierten damit eine Mordserie, die zu diesem Zeitpunkt bereits neun Menschenleben gefordert hatte. Auf den Stufen des Kasseler Rathauses wendete sich der Vater eines Opfers, Ismail Yozgat, an den damaligen hessischen Innenminister und forderte:

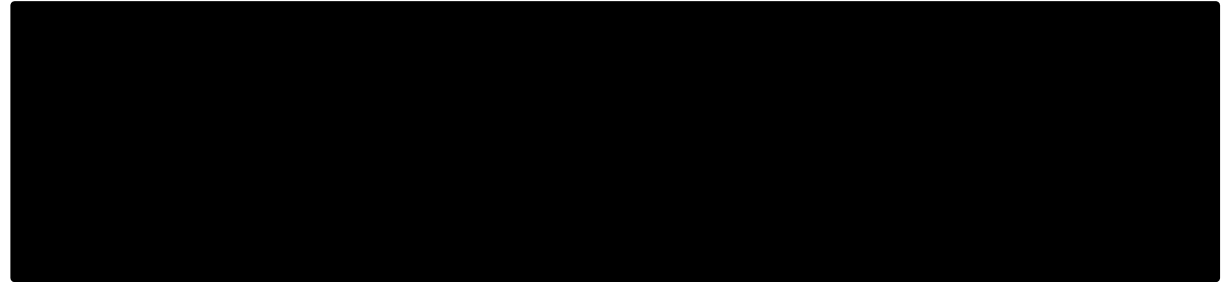
„Nehmen Sie endlich die Sonnenbrille von den Augen und die Stöpsel aus den Ohren und finden Sie die wahren Täter.“ (nach Defterli 2006)

Herr Yozgat hatte mit seinem kritischen Blick auf die staatliche Ermittlungsarbeit dasselbe präzise Gespür wie viele der anderen Angehörigen. Für die Opfer und Betroffenen war hierbei klar zu erkennen, dass es sich um „Botschaftstaten“ (so eine weitere interviewte Person) handelte. So beschreibt ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin

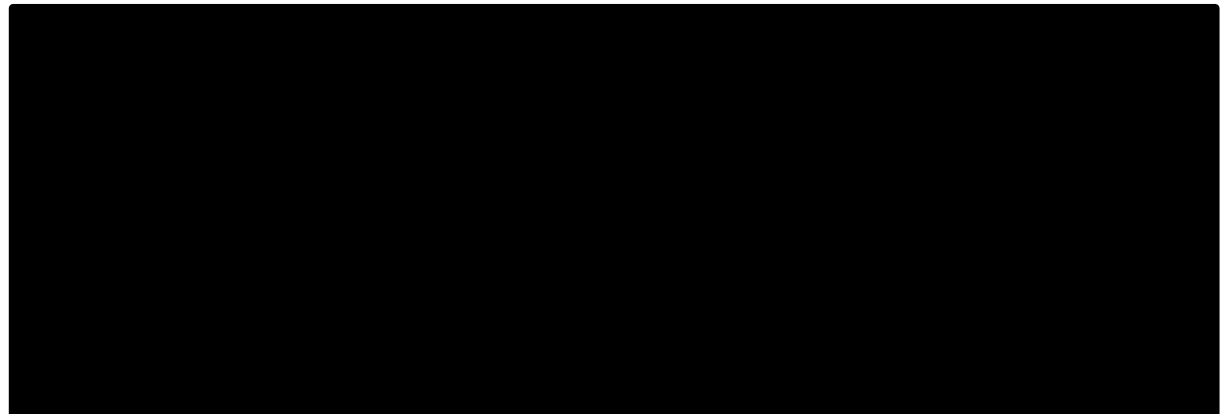
„[U]nd haben diese Menschen getötet aus meiner Sicht als Abschreckung: ‚Hier seid ihr nicht sicher‘, dann hat man unsere Menschen getötet [...].“

Damit ordnete die Person die Taten in einen größeren einwanderungspolitischen Zusammenhang ein. Die Morde zielten darauf ab, den Aufenthalt auf gewaltvollste Art und

Weise zu verunsichern. Die interviewte Person zeigt damit, dass die Taten für die türkischen, kurdischen und griechischen eingewanderten Familien über eine konkrete Lesbarkeit verfügten. Die Analysen der Betroffenen weisen auf einen rassistischen Zusammenhang nicht nur zwischen der Auswahl der Opfer und der Gesinnung der Mörder hin, sondern auch zwischen der fehlenden Hilfestellung, der Ignoranz und den rigiden Strafverfolgungspraktiken nach den Anschlägen. Hätte es sich um eine deutsche Einkaufsstraße gehandelt, wären sofortige Hilfeleistungen in Gang gesetzt worden, so ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin:



Für die interviewte Person ist damit offenkundig, was in einem demokratischen Staat ausgeschlossen sein sollte: eine Ungleichbehandlung aufgrund von Herkunft oder äußerem Erscheinungsbild. Dies scheint offenkundig, da es Teil einer durchgängigen Erfahrung in Deutschland für die Person ist:



Die interviewte Person beschreibt hier die Erfahrungen mit den verschiedenen Dimensionen des Rassismus als existenzielle und durchgehend im Leben prägende Erfahrungen. Dabei ist es diese Erfahrungsebene der von Rassismus Bezeichneten und Betroffenen, die als migrantisch situiertes Wissen, wie es ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin beschreibt, die Grundlage dafür darstellt, die verschiedenen Gesichter des Rassismus überhaupt wahrnehmen und beschreiben zu können:

„Sadece bu bizim gördüğümüz şeyler. Mesela okulda da ırkçılığa uğrayan öğrenciler oluyor, iş yerinde ırkçılığa uğruyorsun, iş yeri açarken memurlar tarafından ırkçılığa uğruyorsun. Yani ırkçılığın sadece bir boyutu yok. Irkçılığın çok boyutları var. Yani ırkçılık sadece sana sıkılan, atılan bir bomba ya da seni öldüren bir şey değil. Yani psikolojisi var. Yani şimdi buradaki sağlıksız bir insanın, Alman devletine de zararı oluyor. Çünkü görevini yapamadığı zaman, sıkıntılı yaşadığı zaman, devlet de onu, doktora da problem olur, ailesine verdiği zarar, çevresine verdiği zarar, bunlar hep ülkenin, burada yaşayan çevresine yansır. Çünkü onun için ırkçılık daha geniş, ırkçıların haklı olmuş gibi, bir hakları varmış gibi devlet göz yummamalı. Onların böyle bir haklarının olmadığını.“

Übersetzung: „Das sind nur Sachen, die wir sehen. Es gibt zum Beispiel Schüler, die in der Schule Rassismus ausgesetzt sind, man ist Rassismus am Arbeitsplatz ausgesetzt, man ist Rassismus durch Beamte ausgesetzt, wenn man ein Geschäft eröffnet. Rassismus hat also nicht nur eine Dimension. Rassismus hat viele Dimensionen. Mit anderen Worten: Rassismus ist nicht nur eine Bombe, die auf dich geworfen wird, oder etwas, das dich tötet. Ich meine, er hat eine psychologische Komponente. Ich meine, ein ungesunder Mensch hier ist auch schädlich für den deutschen Staat. Denn wenn er seine Pflicht nicht erfüllen kann, wenn er Probleme hat, dann hat auch der Staat Probleme mit ihm, dann hat auch der Arzt Probleme, der Schaden, den er seiner Familie zufügt, der Schaden, den er seiner Umwelt zufügt, all das wirkt sich auf das Land aus, auf die Nachbarschaft, die hier lebt. Weil der Rassismus größer ist, darf der Staat nicht die Augen vor den Rassisten verschließen, als ob sie im Recht wären, als ob sie ein Recht hätten. Sie haben kein solches Recht.“

Die Fähigkeit des Sehens von Rassismus ist jenen möglich, die die beschriebenen Erfahrungen gemacht haben. Dies verdeutlicht, warum die Opfer und Betroffenen umgehend in der Lage waren, die Tatumstände treffend zu interpretieren. Die Wahrnehmungskompetenz der Opfer und Betroffenen lässt sie aber auch einen Zusammenhang zwischen dem Rassismus der Taten sowie dem alltäglich erfahrenen institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus ziehen und seine lebenslangen Konsequenzen betonen.

2.4 Prozess und Untersuchungsausschüsse nach 2011

Während Ermittlungsbehörden aus allen beteiligten Bundesländern ausnahmslos Ermittlungsthesen verfolgten, welche ausschließlich auf die Opfer gerichtet waren, sorgte die plötzliche Selbstenttarnung des NSU 2011 für ein Ende der jahrelangen falschen Beschuldigungen, Stigmatisierungen und Kriminalisierungen der Angehörigen.

Ab diesem Zeitpunkt änderte sich die politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Der Kampf der Opfer und Betroffenen um eine differenzierte Ermittlung und Verhinderung weiterer Taten kam jedoch zu keinem Ende. Das Versprechen einer lückenlosen Aufklärung, wie es die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel gegeben hat, bleibt für die Opfer und Betroffenen bisher uneingelöst. Zwar versuchten bestimmte Fraktionen im Bundestag und einzelnen Landtagen, die Ermöglichungsbedingungen der Taten durch parlamentarische Ausschüsse untersuchen zu lassen, und auf juristischer Ebene wurde gegen fünf der Täter*innen prozessiert. Eine Stärkung der Opfer und Betroffenen scheint dadurch aber nur in geringem Umfang eingetreten zu sein. Viel eher zeigte sich in den Untersuchungsausschüssen, dass staatliche Akteur*innen wie der Verfassungsschutz die Aufklärung eher noch erschwerten, wie es ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin beschreibt:

„Also, Untersuchungsausschuss meiner [Meinung] nach – und das sagen auch viele andere Familien – hat nicht funktioniert, weil der Verfassungsschutz einfach falsche Informationen rausgegeben hat[.] Wenn [der] Verfassungsschutz falsche Informationen rausgibt, kommen wir auf keine Aufklärung.“

Der Verfassungsschutz stellt sich für Opfer und Betroffene damit als ein Akteur gegen die Aufklärung dar. Doch auch der Verlauf des Gerichtsprozesses vor dem Oberlandesgericht München hat den Opfern und Betroffenen das Vertrauen in die Judikative genommen. Die aktive Belieferung mit falschen Informationen, kombiniert mit der Ablehnung von Beweisanträgen der Nebenklage im Prozess gegen fünf Mitglieder des Täter*innennetzwerks führte zu einem kritischen Blick seitens der Opfer und Betroffenen, wie es ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin beschreibt:

„[Die Anwälte] hatten auch zum Teil keine richtige Akteneinsicht und durch die ganzen falschen Informationen hat es nicht funktioniert [...]. Ich bin der Meinung, dass das Gericht [...] die Aufklärung da verweigert hat [...].“

Die Verweigerung von Aufklärung, das beständige Begrenzen der Beweisanträge im OLG-Prozess schuf ein tiefes Misstrauen aufseiten der Betroffenen auch in der Zeit nach 2011 und vertiefte die bereits geschilderte Belastungssituation. So fällt es Betroffenen schwer, das Urteil anzuerkennen, da viele Fragen unbeantwortet geblieben sind. So äußert sich Ismail Yozgat in der Rede zum 17. Todestag seines Sohnes (06.04.2023), der uns anstelle des Interviews gab, wie folgt:

„Wir werden auch nicht vergessen, dass das Oberlandesgericht in München ein einseitiges Urteil gefällt hat. Wir werden nicht vergessen, dass das Oberlandesgericht in München trotz meiner vier Jahre andauernden Bemühungen keine zweite Nachstellung durchgeführt hat. Wenn es eine zweite Nachstellung gegeben hätte, würde man feststellen, dass der Verfassungsschützer Temme in dem Internetgeschäft war, in dem Halit ermordet wurde. Wir werden nicht vergessen, dass er das Attentat geplant hatte.“

Und auch eine weitere interviewte Person verdeutlicht das durch den Prozess entstandene Misstrauen gegenüber dem deutschen Staat:

„Şimdi bir güvensizlik var. Güvensizlik de nerede doğdu? Mahkemenin sonucundan doğdu. Mahkemede bir şey, var olan bir şeyin sonucu doğru değilse, olacak şeyin sonucu doğru olmayacağı kesindir. Geçmişte doğru yapılmamışsa, gelecekte de yapılmamasının bir teminatıdır. Bu kadar insanlar öldü falan, bu kadar olaylar yaşandı. Neden bir şey yapılmadı ki, buna sormazsın yapıyor? Bir de insanları burada ne kadar bir kenara itersen, insanlar o kadar kendini yabancı hissediyor, kopuk hissediyor. Yani yaşadığı ülkenin toplumundan da kendini dışlanmış hissediyor. O zaman ne oluyor, kendi başına bir yaşam tarzı seçiyor. Ondan sonra da işte, uyumamazlık problemleri doğuyor. Kültür sorunu doğuyor, psikolojik doğuyor. Yani bunların temelinde her şeyin temelinde bir şeyler var.“

Übersetzung: „Jetzt gibt es Misstrauen. Woher kommt das Misstrauen? Es ist durch das Ergebnis des Gerichts entstanden. Wenn das Ergebnis eines Gerichtsverfahrens nicht korrekt ist, ist es sicher, dass das, was danach passiert, auch nicht korrekt sein wird. Wenn etwas in der Vergangenheit nicht richtig gemacht wurde, ist es eine Garantie dafür, dass es auch in Zukunft nicht richtig gemacht werden wird. So viele Menschen sind gestorben, so viele Dinge haben sich ereignet. Man kann nicht fragen, warum nichts getan wurde. Und je mehr man die Menschen hier beiseiteschiebt, desto mehr fühlen sie sich entfremdet, abgehängt. Mit anderen Worten: Sie fühlen sich von der Gesellschaft des Landes, in dem sie leben, ausgeschlossen. Das führt dazu, dass sie einen eigenen Lebensstil wählen. Dann entstehen Probleme der Unvereinbarkeit. Kulturelle Probleme entstehen, psychologische Probleme entstehen. Mit anderen Worten: Alles hat seine Ursache.“

Wie es die interviewte Person beschreibt, sieht auch ein weiterer Gesprächspartner / eine weitere Gesprächspartnerin den Prozess nicht nur entwertet, sondern als eine direkte Beleidigung der Angehörigen der Mordopfer:

„[U]nd danach diese vier, fünf Jahre Gerichtsverfahren sind ein noch schöneres Märchen; nichts wurde verarbeitet, nichts wurde offenbart, nicht eine Antwort, alle Fragen sind noch offen – nichts! Man verkauft uns für dumm, man beleidigt uns noch. Für mich ist das eine Beleidigung [...]. Man spuckt uns doch ins Gesicht.“

2.5 Aufarbeitung und staatliches Gedenken oder die „Schwierigkeit, Rassismus zu erinnern“⁴

Die Bemühungen der Bundesregierung und einiger betroffener Städte, durch Empfänge und Gedenkveranstaltungen öffentlich an die Taten zu erinnern und den Opfern und Betroffenen zu helfen, wird von den interviewten Personen aus mehreren Gründen, die wir im Folgenden darlegen werden, als problematisch gesehen. Vor allem kritisieren die Gesprächspartner*innen, dass ihnen als Opfer und Betroffene in den überwiegenden Fällen keine zentrale und handelnde Rolle zuerkannt wird. So werden die Veranstaltungen häufig als selbstbezüglich, ritualisiert, als „Erinnerungstheater“ (Czollek 2023) wahrgenommen. Ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin deutet dies wie folgt:

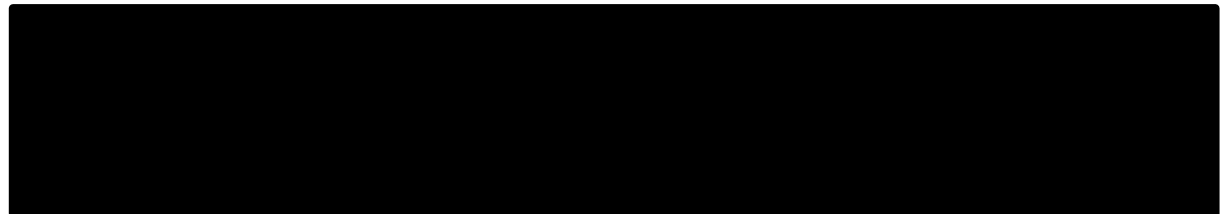
„Hauptsache, wir haben eine Gedenkstunde organisiert, um einfach politisch gut dazustehen.“

Im Gegensatz dazu besteht der Wunsch, aktiv angesprochen, nach den Bedürfnissen gefragt und als aktive Akteur*innen eingebunden zu werden. Dies scheint jedoch auf den meisten staatlich organisierten Veranstaltungen nicht zu erfolgen. Hierdurch fühlen sich die Opfer und Betroffenen eher belastet als unterstützt, da die Veranstaltungen – häufig Einladungen zu einem festlichen Abendessen – nichts für sie und ihre Lebenssituation bewirken, jedoch repetitiv durchgeführt werden. Eine interviewte Person vergleicht diese Situation mit einem einmal gekochten und anschließend immer wieder aufgewärmten Gericht:

„Du machst dir immer wieder dasselbe Essen warm, einfach. Und dieses Essen löst einfach nur Angst, Frustration und nicht wirklich Wut, aber einfach Verzweiflung aus. So immer wieder eine neue Einladung zu irgendeiner Veranstaltung zu bekommen, wo dann gesprochen wird, wo wir sitzen als Betroffene. Wir sind betroffen und müssen den Menschen zuhören, dass die für uns da sind, und wir bekommen gar nichts. Wir bekommen einen Kaffee und Kuchen danach und dürfen dann wieder nach Hause gehen [...].“

⁴ Maria Alexopoulou: Die Schwierigkeit, Rassismus zu erinnern. In: Nobrega/Quent/Zipf (Hg.): Rassismus macht Vergessen. Bielefeld 2021, S. 363–380.

Verstärkt durch die Dominanz der durchstrukturierten Repräsentationsebene, den Fokus auf Fototermine und das Auftreten der Presse auf den Veranstaltungen entsteht ein Gefühl der Instrumentalisierung. Ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin erkennt hierin eher eine selbstreferenziell rehabilitierende Handlungsabsicht staatlicher Akteur*innen als den Willen etwas *für* und *im Sinne* der Opfer und Betroffenen zu tun. Dabei entstehe auch hierdurch, wie ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin sagt, ein Druck, auch noch dankbar sein zu müssen, dass überhaupt jemand sich die Zeit nimmt, eine solche Veranstaltung zu organisieren. Demgegenüber wünschen sich Opfer und Betroffene wie eine interviewte Person äußert, dass Fragen an sie gerichtet werden:



Die durch die staatlichen Veranstaltungen erzeugte Aufmerksamkeit gilt in den Augen der Opfer und Betroffenen nicht ihnen, sondern anderen Personen und Themen. Sie fühlen sich weder ernst genommen noch unterstützt, in den meisten Fällen fühlen sie sich noch nicht mal wahrgenommen, was sich auch immer wieder in einer problematischen Einladungspolitik zeigt wie ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin schildert:

„Also, nach zwölf Jahren habe ich immer noch das Gefühl, wir als Betroffene werden nicht ernst genommen, wenn bundesweit eine Gedenkveranstaltung organisiert wird und meine Mutter und mein Bruder nicht mal eingeladen sind, oder auf diesem [...] Einladungssystem nicht draufstehen, aber die Geschwister, die in der Türkei wohnen, eingeladen werden [...].“

Dieser Vorfall offenbart eine fehlende Sorgfalt im staatlichen Organisationsteam, mit dem verheerenden Ergebnis, dass nächste Angehörige nicht zu Gedenkveranstaltungen eingeladen werden. Dies sollte als Hinweis ernst genommen werden, dass bei vielen staatlichen Akteur*innen ein grundlegendes Wissen um die Betroffenen der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. scheinbar nur gering vorhanden ist. Dies stützt das Gefühl, nur als Statist*innen für die Ausstaffierung der politischen Bühne der staatlichen Rehabilitationsmaßnahmen genutzt zu werden.

Zusätzlich lassen diese Veranstaltungen auch die notwendige inhaltliche Tiefe vermissen. Neben den bereits geschilderten fehlenden direkten Ansprachen der Bedürfnisse von Opfern und Betroffenen und dem Desinteresse gegenüber ihren Bedarfen empfinden die Opfer und Betroffenen auch einen Mangel im Verständnis der Bedeutungsebenen der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff., wie es ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin wahrnimmt:

„Dann wählt man aus, dass drei Menschen zu einem sprechen, die keine Ahnung von so etwas haben, die nie in ihrem Leben irgendwie Leid erfahren mussten, sondern einfach nur eine hohe Position in der Bundesregierung haben und sich verpflichtet fühlen, etwas zu sagen [...]. Weil sie etwas tun müssten, aber es nicht tun.“

Diese Erfahrungen zeigen, dass ein Umgang, der die Anerkennung der Bedarfe von Opfern und Betroffenen missen lässt, nicht nur defizitär ist, sondern zu einer fortlaufenden „Frustration und Verzweiflung“ der Opfer und Betroffenen führt, wie es eine interviewte Person folgend beschreibt:

„Also, diese Offenheit gegenüber diesen Einladungen ist bei den Betroffenen leider verloren gegangen. Weil, eine Einladung nach der anderen, immer wieder das Gleiche hören, immer wieder die Frustration, die Verzweiflung von früher hochzubringen, um danach nichts im Gegenzug zu erhalten.“

Somit ist jede negative Erfahrung eine weitere Belastung für das Vertrauen in staatliche Maßnahmen. Die interviewte Person zeigt aber auch auf, dass sich Opfer und Betroffene gegen diese sequenzielle Weiterführung der Belastungslage wehren:

„Irgendwann stellst du dich quer, irgendwann möchtest du es nicht. Irgendwann belastet es dich, wie meine Mutter zum Beispiel. Und dann sagst du dich davon los, weil du darin keinen Sinn mehr siehst. [...] Du möchtest nicht dahin gehen, dein Leid aufwirbeln lassen und dann wieder gehen. Um was erreicht zu haben? Gar nichts. Die Menschen fühlen sich nicht wohl.“

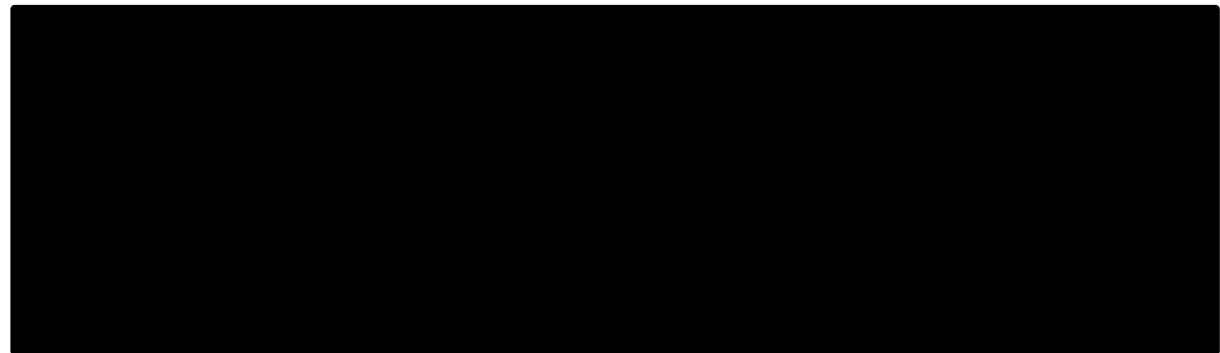
Damit betont die interviewte Person, dass die Opfer und Betroffenen einen konkreten Nutzen häufig vermissen und hierdurch Orte entstehen, die es ihnen verunmöglichen, sich wohlfühlen. Die Hoffnungen scheinen hier bereits so stark gemindert, dass Opfer und Betroffene vorziehen, diese Orte nicht länger zu besuchen. Dies verdeutlicht auch ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin, dem / der der eigentliche Inhalt der Veranstaltungen nicht mehr deutlich wird:

„[V]ielleicht sind auch viele Entschuldigungen gekommen, aber weißt du, ich nehme das nicht so wahr, weil ich finde, das sind keine Entschuldigungen. Ich finde, das sind Entschuldigungen, weil sie, weil sie müssen, sie müssen sich entschuldigen. Was heißt Entschuldigung? Ich meine, wenn ein Politiker mich, uns einlädt als Familie und sich entschuldigt und dann ich an die Türen klopfe und sage: ‚Diese und diese und diese Sache würde meiner Familie helfen, vielleicht können Sie uns da unterstützen‘, und die Türen sind dann zu, das ist für mich etwas ein bisschen paradox.“

Der Gesprächspartner / die Gesprächspartnerin formuliert hier eine Handlungsaufforderung an staatliche Stellen, sich mit den aktuellen Sorgen und Bedarfen der Angehörigen zu befassen. Die Person vermisst diese Handlungen nicht nur, sondern sieht sich generell einem ablehnenden Verhalten bezüglich der artikulierten Bedarfe ausgesetzt, wenn die Person nicht mehr in der Opferrolle als Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung verbleibt, sondern als aktiv forderndes Subjekt auftritt.

3 Handlungsmacht gegenüber strukturellen Belastungen und Traumatisierungen

Heute, fast ein Vierteljahrhundert später, dominiert in Bezug auf die Auseinandersetzung mit den Taten das Narrativ, die Betroffenen hätten keine Kraft mehr. An dieser Art der Narrativierung ist nicht nur problematisch, dass der Verlust der Kraft gewissermaßen als individuelles Versagen gelesen wird, sondern dass eine der Reaktion hierauf oftmals darin besteht, dann ohne die Beteiligung der Betroffenen weiterzumachen. Die Gesprächspartner*innen machen jedoch alle deutlich, dass die Ermüdung und der Rückzug als direkte Effekte und Auswirkungen der Auseinandersetzung der letzten 24 Jahre mit der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. zu verstehen sind. So berichtet ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin:



Die interviewte Person zeigt hier wieder, wie die sich überlagernden Prozesse rassistischer Gewalterfahrung einen traumatischen Grad erreicht haben, der die Person bis in den Schlaf verfolgte und eine über Jahre andauernde Belastung hervorrief. Neben diesen traumatisierenden Erfahrungen mit dem polizeilichen, medialen und gesellschaftlichen Umgang betonen viele Gesprächspartner*innen, dass die rassistischen Gewalterfahrungen ihre Familien auch in ihrer ökonomischen Existenz bedrohten. Der Mord traf in den meisten Fällen die Hauptverdiener in den jeweiligen Familien. Darüber hinaus stellte der polizeiliche wie mediale Umgang die Opfer und Betroffenen in die Nähe eines kriminellen Milieus, was oftmals einen ökonomischen Zusammenbruch zur Folge hatte. Zudem erforderte auch das soziale wie auch ökonomische Kapital, das die Familien zur Verteidigung aufbringen mussten, erhebliche Ressourcen, wie es ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin beschreibt:

„Du glaubst gar nicht, wie mich das in die Knie gezwungen hat, und deswegen kam eins nach dem anderen mit meiner Gesundheit. Und heutzutage lachen die Pfeifen, die können nicht verstehen, dass so einer wie ich jetzt hier mit Muckis dasitzt und im Großen und Ganzen fit ist, dass der krank ist. Aber wenn ich dir meine Tablettenausgabe da drin zeige und wie es da oben aussieht [deutet auf seinen Kopf].“

Die interviewte Person beschreibt hier, wie nach dem Tod des Angehörigen alle Last auf den Schultern der Person lag. Die Familie sicher durch diese Krise zu führen, hat zu irreparablen

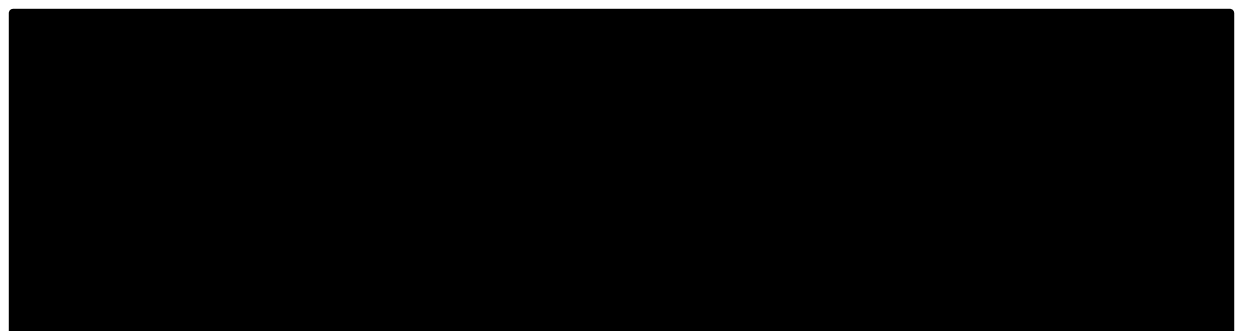
gesundheitlichen Schäden geführt. Aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes hat er jedoch immer wieder, bis heute, um die Glaubhaftigkeit seiner Problemlage ringen müssen. Eine weitere Verschlechterung der Situation kann jederzeit eintreten, auch, weil er nur noch reduzierte Kraftressourcen hat, wie die interviewte Person weiter ausführt:

„[D]ie ersten Jahre waren noch – noch – okay. Man war jung, man hat das verarbeitet. Aber die letzten acht, neun, zehn Jahre kommt eins nach dem anderen mit meiner Gesundheit. Und mittlerweile ist es Wut, weil, es wird nichts besser. Wir müssen jahrelang mit dieser Geschichte kämpfen und ja, ich muss sagen, das hat mich krank gemacht. Und wie du mich hier siehst, geht es mir nicht so gut. Ja es ist Wut [...].“

Auffällig ist hier, dass die Belastungssituation für die interviewte Person schrittweise zugenommen hat. Somit läuft die Virulenz der gesundheitlichen Belastung konträr zur Aufmerksamkeit der Dominanzgesellschaft sowie der staatlichen Einrichtungen gegenüber den rassistischen Taten. Während zu erwarten wäre, dass eine Zunahme der Aufmerksamkeit für die Opfer und Betroffenen auch zu einer Linderung ihrer Lebenslage führen würde, zeichnet die interviewte Person das genau entgegengesetzte Bild. Den Zustand des Krankwerdens ist ein über die letzten Jahre erwachsener Zustand. Linderung wäre zu erwarten gewesen, wenn bedarfsorientierte und unkomplizierte Hilfe durch den Staat erfolgt wäre, so die interviewte Person:

„Ja, normal müsste der Staat dafür sorgen, dass es mir nicht so geht [...]. Ich bettle mich seit vielen Jahren von einer Situation zur anderen, weil das Geld nicht da ist ... und du glaubst nicht, wie mich das belastet psychisch.“

Trotz dieser Belastung lässt sich in den Aussagen des Gesprächspartners / der Gesprächspartnerin nach wie vor eine erstaunliche Widerständigkeit herauslesen, und die geschilderte Wut zeugt von einer aktiven Ablehnung dieser extern erzeugten Lebenslage. Die interviewte Person ist nicht bereit, ständig „betteln“ zu müssen, und erwartet eine Sorgepflicht des Staates. Dies auszusprechen und einzufordern ist nicht selbstverständlich, sondern Bedarf einer Überwindung. So berichtet ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin wie selbst die Inanspruchnahme psychologischer Unterstützung immer wieder verweigert wurde und verhöhnt wird:



Hier werden Opfer und Betroffene als Betrüger*innen adressiert, indem ihnen unterstellt wird, sie würden sich Gelder erschleichen. Dies wird dann auch zum Grund, warum viele

Familien kaum nach finanzieller Unterstützung fragen oder sie in manchen Fällen sogar aktiv ablehnten.

„Mir sind 150 000 bis 160 000 € abhandengekommen, [...] man hat mir 15 000 € gegeben und: ‚Laut Paragraph vom Justizminister, laut Paragraf steht Ihnen das zu.‘ – Die Pfeifen, ist das, ist das fair? Fragt mich jemand, wo ich jetzt stehe? Ich bin arbeitslos nach langer Krankheit [...], eine Arbeitsunfähigkeitsrente gestehen sie mir nicht zu, wo andere mit einem gebrochenen Fingernagel das bewilligt wird, und ich muss jetzt jahrelang hier kämpfen und zu den Psychologen gehen und dass ich wenigstens eine Absicherung habe für mein Alter.“ (Interviewte Person)

Obwohl die interviewte Person auch lange haderte, brachten die massiven finanziellen Nöte dazu, Fehlbeträge aufzulisten. Erfolgte staatliche Zahlungen für die Opfer und Betroffenen waren zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr ausreichend, die immensen Kosten für die Existenzsicherung der transnational lebenden Familie sicherzustellen. Heute die finanziellen Themen öffentlich zu adressieren, ist nur möglich, weil die Person vor dem Ruin steht:

„Aber mittlerweile habe ich nichts mehr zu verlieren, weil, ich bin krank und bin pleite und bin arbeitslos. Also, mehr können sie nicht tun, das ist Fakt.“

Der beschriebene Zustand kommt einer grundsätzlichen Auflösung einer angemessenen Lebensgrundlage gleich, weshalb der Gesprächspartner / die Gesprächspartnerin eine Verbindung zwischen dem Botschaftscharakter der Mordtaten und dem des staatlichen Umgangs mit Opfern und Betroffenen ausmacht:

„[A]m liebsten würden die sehen, dass wir hier dieses Land verlassen.“

Es bietet sich damit also an, diese sukzessiven und auf mehreren Ebenen zerstörenden Prozesse als Indikatoren eines erweiterten Opferzustandes auch der Angehörigen zu verstehen. Eine interviewte Person macht dabei deutlich, dass sich bis heute niemand ausmalen kann, was die Taten für die Familie bedeuten:

„[Meine Mutter] hat so viel durchgemacht. Und jeder von den Politikern spricht davon, dass man einen [Menschen in dieser Situation] verstehen kann. Aber sie können einen überhaupt nicht verstehen. Sie können nicht nachvollziehen, wie sehr meine Mutter darunter leiden musste. Sie können sich nicht ausmalen, wie sehr mein Opa darunter leiden musste, als er meinen Onkel tot aufgefunden hat, komplett blutend im eigenen Laden. Es ist einfach ... Wie gesagt, sie schmücken sich mit fremden Federn, und zwar mit Federn, die eigentlich sehr schön sind. Und zwar wohlwollende Federn, helfende Federn, menschliche Federn. Aber leider ist die Unmenschlichkeit in denen viel zu groß.“

In einer Auseinandersetzung mit den Opfern und Betroffenen der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. sollte daher stets betont werden, dass ihnen die Kraft genommen wurde und sie neue Kräfte zu einem großen Teil aus ihrer Widerständigkeit gegen die vielfältige Gewalt von Staat und Gesellschaft schöpfen.

Die Ausführungen über die bislang von den Opfern und Betroffenen gemachten mehrfachen traumatisierenden Erfahrungen mit rassistischer Gewalt, Ignoranz und verschlossenen Türen stellen für alle weiteren staatlich angestoßenen Prozesse und Projekte wie den Aufbau eines

„Dokumentationszentrums“ eine ernst zu nehmende Ausgangsbedingung dar, die in den Planungsverläufen sensibel aufgegriffen werden müssen. So meint dann auch eine interviewte Person:

„Man kann von Glück reden, wenn sich Betroffene dafür bereit erklären. Man kann von Glück reden, [...] dass ich hier bin und mit euch so offen spreche darüber. Weil, vielen ist das sehr unangenehm. Viele verbinden das mit Leid und Trauer und möchten darüber einfach nicht sprechen, weil es einfach nur Gefühle wieder hochbringt.“

Angesichts der wenigen positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Opfern und Betroffenen mit staatlichen Akteur*innen scheinen alle folgenden staatlich initiierten Projekte vor allem diesen fundamentalen Vertrauensverlust in die Ernsthaftigkeit staatlicher Bemühungen adressieren zu müssen, wie auch im Kapitel 4 deutlich wird.

3.1 Aufforderungen zu einem anderen staatlichen Umgang mit den Bedürfnissen von Opfern und Betroffenen

Obwohl es in den letzten Jahren zu einer deutlich stärkeren Hinwendung der Städte und des Bundes zu den Opfern und Betroffenen kam, vermissen Letztere weiterhin eine Ernsthaftigkeit der Bestrebungen, wie es ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin beschreibt:

„Es hat sich geändert, ganz simple Antwort, die wussten, dass wir also nicht selbst diese Bombe gelegt haben, ja ganz simpel und („Arme Keupstraße“) ne (zweites kommt) und dann Unterteilung („Arme Keupstraße“) und dann kommt noch daneben: „Ja wie können wir denen helfen?“, ganz leise, aber: „Wie können wir denen helfen, dass es uns nicht viel Mühe macht? Wie können wir diese zufriedenstellen, dass es uns nicht viel, viel tut?““

Dabei gingen Opfer und Betroffene immer wieder aktiv auf Politiker*innen zu und versuchten, ihre Bedürfnisse über Briefe und direkte Interventionen zu kommunizieren. Doch auch dies führte zu keiner Rückmeldung, wie eine interviewte Person kritisiert:

„Man fühlt sich nicht respektiert. Sie hat auch einen Brief an [Name eines Politikers] geschrieben. Sie hat nie eine Antwort erhalten. Und dann bin ich bei dem Gedenktag so, und dann wird von Zusammenhalt gesprochen. Dann wird davon gesprochen, dass man für einen da ist.“

Erlebnisse wie diese führen in vielen Fällen dazu, dass Opfer und Betroffene ihre Aktivitäten in der Öffentlichkeit einstellten. Dabei scheint es für sie klar auf der Hand zu liegen und einfach zu realisieren, was sie tatsächlich brauchen. Ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin würde sich ein Gegenüber wünschen, das nicht nur Notizen zu den Belangen der befragten Person anfertigt, sondern dafür auch Verständnis entwickelt. Eine eigene Erfahrungsebene in Bezug auf Rassismus sieht ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin dafür als unterstützend an:

„Ya onu işte dediğim gibi, onu gerçekten o işi yapan, o mağdurları, yabancıları, o ırkçılığa uğrayan, haksızlığa uğrayan insanların orada olması lazım. Senin gittiğin zaman o güvenini, güveninin senin

orada inanman lazım. Hani burada beni dinlediler ve ben ona inanıyorum ki bunun bir sonucu olur yani, ciddiye alındığımı yani . Hani sadece orada iki not almakla tamam biz ilgileniriz dosya altı yapıp göz boyamak.“

Übersetzung: „Wie ich schon sagte, sollten die Menschen, die diese Arbeit wirklich machen, die Opfer, die Migrant*innen, die von Rassismus Betroffenen, die, denen Unrecht getan wurde, dort sein. Wenn man dorthin geht, muss man dieses Vertrauen haben und daran glauben. Wissen Sie, man hat mir hier zugehört, und ich glaube, dass dies zu einem Ergebnis führen wird, dass ich ernst genommen werde. Wissen Sie, also nicht wie, ich habe nur zwei Notizen gemacht und gesagt: ,OK, wir kümmern uns darum, wir kümmern uns darum.““

Die Bedeutung der geteilten Erfahrung von Rassismus beschreibt auch eine interviewte Person als wichtiges verbindendes Element nach dem Nagelbombenanschlag in der Keupstraße:

„[A]ls [...] IG-Vorstand [...] haben wir versucht, [...] miteinander zu sprechen, Probleme teilen, soweit [möglich war] [...], wir haben versucht, unter uns zu diskutieren. Das war schon besser, weil wir könnten [ja untereinander] sprechen, wir haben ja gemeinsame Probleme gehabt und wir haben gefühlt, wir sind irgendwo von der Gesellschaft ausgestoßen, ausgegrenzt.“

Die Bedarfe, die die Opfer und Betroffenen immer wieder adressieren, sind neben der konkreten Überlebenshilfe eindeutig weiterhin die Forderung nach Aufklärung. So beschreibt es auch eine interviewte Person:

„Die Frage ist ja heute noch immer da in der Mitte, warum dann Keupstraße musste so was erleben? Die Frage besteht noch immer und in der Zeit bis zur [Selbstenttarnung], also 2011, waren schlimme Zeiten, die Menschen erst mal wussten nicht, wie sie sich stützen sollen.“

So wünscht sich auch ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin weiterhin für Hamburg die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses:

„Und vor allem habe ich mir halt einen Untersuchungsausschuss auch für Hamburg gewünscht. Nur, der wurde jetzt wieder abgelehnt.“

3.2 Ansätze gelungener Initiativen und unterstützender Erlebnisse

Eine an den Opfern und Betroffenen orientierte Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. scheint jedoch möglich, wenn eine Praxis des Zuhörens eintritt. Hierbei wurde von einer Gesprächspartnerin vor allem das Verhalten der Stadt Dortmund als positiv herausgehoben und als sehr unterstützendes Engagement wahrgenommen, wie ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin im Folgenden betont:

„[E]s ist in Dortmund vieles passiert, also sofort nach der Selbstenttarnung war das tatsächlich so, dass der Oberbürgermeister sich bei uns gemeldet hat. [...] Der Stadtdirektor [...] mit uns Kontakt aufgenommen hat und ja, dass wir eigentlich immer diesen Kontakt zu denen danach hatten. Eine Gedenkstätte vor dem Kiosk kam auch tatsächlich von unserem damaligen Oberbürgermeister [Herr

Sierau] und ihm war das sehr wichtig. Diese Gedenkstätte ist auch durch seinen Entwurf entstanden, wir wurden noch mal gefragt und wir haben auch noch kleine Veränderungen gemacht [...].“

An diesem Beispiel zeigt sich, dass ein selbstständiges Engagement des Staates als positive Unterstützung wahrgenommen wird, wenn die Tätigkeiten mit Bezug zu und Interesse an den Opfern und Betroffenen orientiert sind und diese konstant einbeziehen.

Im Folgenden führen wir kurz eine Reihe von Einzelpersonen und Initiativen an, die in den Gesprächen sehr positiv erwähnt wurden. Eine ausführliche Darstellung kann hier nicht geleistet werden.

Auf der Ebene staatlicher Akteur*innen wird insbesondere der ehemalige Bundespräsident *Christian Wulff* als ein positives Beispiel hervorgehoben, da dieser eine glaubhafte Empathie und ein glaubhaftes Vertrauensverhältnis etablierte und dieses auch unabhängig von seinem Amt aufrecht hielt, wie ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin berichtet:

„Herr Wulff, genau, der uns auch tatsächlich so öffentlich eingeladen hat und mit dem hab ich immer noch Kontakt, sogar privat also, das ist auch so der Einzige, der auch fragt, wie es denn einem geht.“

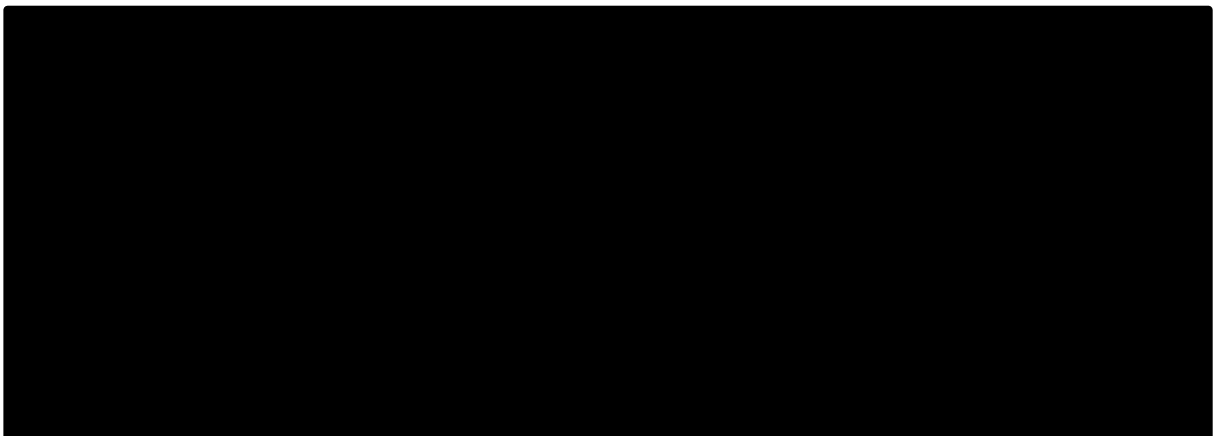
Ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin bestätigt in diesem Zusammenhang, wie genau Opfer und Betroffene wahrnehmen, wie sich einzelne Menschen in Beziehung zum Geschehen setzen können:

„Er war ja auch der Einzige [leicht lachend], also staatlicherseits, der sich interessiert hat, wo man einfach persönlich gemerkt hat, es interessiert ihn, es tut ihm leid.“

Neben diesen Erfahrungen wird die Unterstützung von *Barbara John* durch mehrere Interviewpersonen lobend hervorgehoben:

„Ja, aber sie hilft einem. Also, sie verhilft unserer Familie so, sie ist eine Stütze, für die bin ich sehr dankbar. Weil sie auch wirklich versucht, weil sie auch wirklich für uns da ist. Und wie gesagt, das respektiere ich sehr. Und sie ist eine liebe Frau.“ (Interviewte Person.)

Neben diesen wenigen staatlichen Akteur*innen erfuhren die Opfer und Betroffenen eine starke Unterstützung durch eine Vielzahl von antirassistischen Initiativen und Projekten sowie weiterer Einzelpersonen. Diese ermöglichten zum Teil auch die Vermittlung von Anwält*innen an die Opfer und Betroffenen. Ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin beschreibt dies wie folgt:





Hierbei betont ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin, dass es eine gegenseitige Unterstützung braucht, um gehört und wahrgenommen zu werden. Initiativen, die Räume für Begegnung, Austausch und gegenseitigem Zuhören schaffen, sind dabei von größter Bedeutung. Viele Opfer und Betroffene wünschen sich Orte des Zusammenkommens, an denen sich ein gegenseitiges Bestärken entwickelt. Für eine interviewte Personen hat dies das NSU-Tribunal vollbracht:

„Das war das Zusammenkommen der Betroffenen. Es war das Sprechen oben. Es war das Zuhören der Betroffenen. [...] Einmal hat der eine gesprochen, einmal die eine. Und es ist krass gewesen zu sehen, wie viele Betroffene zusammenkommen. Wie viele mitunter das gleiche Leid erfahren mussten.“

Diese Erfahrung ist für eine interviewte Person auch deshalb so bestärkend, weil sich dadurch Möglichkeiten entwickeln, unterschiedliche Umgangsformen mit dem Geschehen kennenzulernen und von diesen zu lernen:

„Und es war interessant zu sehen, wie die Auswirkung auf die Menschen war. Die einen waren sehr ambitioniert, haben T-Shirts gedruckt mit den Gesichtern darauf, haben versucht, etwas zu bewegen, haben einfach ihre Trauer, sag ich mal, in Kraft umgesetzt und das respektiere ich sehr. Man hat auch gesehen, wie andere immer noch darunter leiden, wenn sie damit konfrontiert werden.“

4 Über den Ort: Perspektiven und Wünsche der Betroffenen

Wie bisher deutlich wurde, haben die Opfer und Betroffenen sehr unterschiedlich zurück ins Leben gefunden: Einige leiden bis heute stark an den psychischen, sozialen und auch ökonomischen Folgen der Morde und des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs; manche haben sich aus „Erschöpfung“ zurückgezogen angesichts des ausbleibenden Echos auf ihre unzähligen (!) Versuche, Gehör, Aufklärung und Gerechtigkeit zu finden sowie ihr Leid anerkannt zu sehen; viele empfinden den bisherigen kommunalen sowie bundespolitischen erinnerungspolitischen Umgang als ritualisiert, an ihnen als Opfer und Betroffene vorbei organisiert und „nicht ehrlich“ gemeint; alle haben ihr Vertrauen in eine ernsthafte Aufarbeitung und Aufklärung verloren. Und dennoch haben sieben Betroffene und eine nahstehende Person sich bereit erklärt, sich mit uns über ihre Vorstellungen bzgl. eines möglichen „Dokumentationszentrums/Erinnerungsortes“ zu unterhalten und in einen Austausch zu gehen. Im Folgenden werden wir zunächst differenziert darstellen, welche inhaltlichen Vorstellungen und Wünsche die Gesprächspartner*innen artikulierten, wenn sie im Gespräch mit uns laut über einen Ort nachdachten, der ihre Perspektiven und Bedarfe ins Zentrum stellen würde; hierbei lassen sich vier verschiedene Aufgabenspektren und inhaltlichen Ebenen/Funktionen eines derartigen Ortes erkennen. Im zweiten Teil werden wir dann die Vorstellungen der Gesprächspartner*innen bzgl. der Strukturierung auswerten, wobei wir zunächst die intensiv diskutierte Frage der Verortung darstellen wollen, bevor wir grundlegende Bedingungen bzgl. der Struktur und des Umgangs mit den Opfern und Betroffenen ausführen werden.

4.1 Inhalte

„Şimdi dokümantasyon merkezinin kurulması güzel bir şey. Yani şimdi en azından orada bir dayanışma merkezi olabilir. Bir bilgilerin toplanma merkezi olabilir. Olayların daha önce nasıl geliştiğini, ileride nasıl gelişeceğini, nasıl müdahale edilmesi lazım ki, sadece bunların eğer gerçekten ciddi olarak yapılıyorsa.“
(Interviewte Person)

Übersetzung: „Die Einrichtung eines Dokumentationszentrums ist eine gute Sache, ich meine, es kann dort zumindest ein Solidaritätszentrum entstehen. Es kann ein Zentrum zum Sammeln von Informationen sein. Es kann ein Zentrum sein, in dem Informationen darüber gesammelt werden, wie sich die Vorfälle zuvor entwickelt haben, wie sie sich in Zukunft entwickeln werden, wie man eingreifen kann, wenn man es wirklich ernsthaft tut.“

Auch wenn die Positionen der Gesprächspartner*innen bezüglich der Notwendigkeit der Errichtung eines möglichen „Dokumentationszentrums“ und seiner möglichen Ausgestaltung durchaus heterogen ausfielen, überraschte doch das positive Echo, wie es das Eingangszitat

signalisiert. Dabei formulierten die Interviewten drei, vier wesentliche Funktionen bzw. Dimensionen, die so ein Ort leisten und beinhalten sollte:

- 1) Zuerst wünschten sich alle einen Raum zur (weiteren) Aufklärung der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff., der Hintergründe der Tat(motive), des staatlichen Ermittlungsversagens, der Rolle der einzelnen Dienste;
- 2) dabei verstanden alle Betroffenen unter Aufklärung nicht nur eine rückwärtsgewandte Tätigkeit, sondern vor allem eine in die Gesellschaft und in die Zukunft gerichtete; es sollte ein Ort sein, der zum Dialog einlädt und interveniert, um eine andere (nicht durch Rassismus geprägte) Zukunft im Sinne präventiver Bildungsarbeit denkbar zu machen;
- 3) ferner wünschten sich die meisten Gesprächspartner*innen einen Ort als genuinen „Erinnerungsort“ an das Leben ihrer ermordeten Angehörigen;
- 4) darüber hinaus artikulierten die meisten das Bedürfnis, einen derartigen Ort als Versammlungsraum für die Opfer und Betroffenen selbst nutzen zu können.

Grundlegend sehen jedoch die Gesprächspartner*innen mit der Errichtung eines derartigen Zentrums die (späte, wiedergutmachende) Möglichkeit verbunden, dass die Geschichten der Opfer und Betroffenen der rassistischen Gewalt nicht verloren gehen, sondern als Teil der Geschichte dieses Landes auch einen Ort finden, wie es ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin formuliert:

„Wir wollen ja, die Familien wollen ja, dass es eine Geschichte unseres Landes wird. Und man solle sich doch gewiss sein, dass doch diese Geschichte ein Teil dieses Landes erst dann wird, wenn wir so eine Gedenk- oder einen zentralen Ort haben [...].“

Und auch ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin, der am deutlichsten zunächst ein soziales-ökonomisches Überleben und eine Entschädigung für die Opferangehörigen einfordert, kann der Einrichtung eines Dokumentationszentrums durchaus etwas abgewinnen:

„Es ist generell gut, so ein Dokuzentrum zu, zu machen [...], es ist gut, ob es gut besucht wird, weiß ich nicht, kann ich nicht sagen. Hier haben wir auch ein NS-Dokumentationszentrum in München, ich weiß nicht, ich kriege immer Einladungen von diesem Zentrum, ich weiß nicht, wie die Resonanz ist. Ich habe mich damit noch nicht befasst [...], aber es ist generell gut.“

Im Folgenden werden wir die unterschiedlichen Funktionszuschreibungen, Vorstellungen, Ideen und Wünsche, wie sie in den Gesprächen formuliert wurden, differenziert darlegen.

4.1.1 Aus der Perspektive der Betroffenen

„Im Zentrum des Gedenkens die Opfer rassistischer Gewalt und Terror. Also im Zentrum des Zentrums die Opfer rassistischer Gewalt und Terror. Und das Zentrum sollte meiner Meinung nach mehr umfassen. Opfer jeglicher Art und die Konsequenzen beziehungsweise Folgen durch so eine Gewalt. Die Ausarbeitung psychischer Krankheiten wie zum Beispiel Traumata, die Weitergabe in der Familie

und der Einfluss auf die Gesellschaft. Ich meine damit, genau, dass erst mal im Zentrum Opfer jeglicher Gewalt auch befasst werden, dass es nicht nur ein NSU-Zentrum ist, was ich auch... Den Namen finde ich auch nicht in Ordnung, wenn es dann NSU-Gedenkzentrum heißt. Weil dieser Name NSU einfach nur für die, ja, für die Rassisten steht und nicht für die Betroffenen.“ (Interviewte Person)

Ein Dokumentationszentrum aus der Perspektive der Betroffenen sollte, wie es eine interviewte Person zum Ausdruck bringt, hierbei bereits sensibel bei der Namensgebung sein und jegliche Primärstellungen des Täter-Trios vermeiden. Vielmehr zeigen die Interviewgespräche, dass es den Opfern und Betroffenen nicht nur um den Mord und die Ermittlungsarbeit geht, sondern auch um die bis heute bestehenden gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen, die viele Familien auf Alltagsebene bis heute stark prägen. Die Gesprächspartner*innen wünschen, dass ein derartiger Ort und der Entstehungsprozess dahin dies sensibel mitberücksichtigen und zum Thema machen müsste. Dabei gehen die Traumatisierungen durch das „staatliche Versagen“ tief und „Familien sind dadurch kaputt gegangen“, wie es eine interviewte Person im Gespräch immer wieder betont. So formuliert auch ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin:

„Dann sage ich euch, wie es der Familie geht. Es geht der Familie immer schlecht und man fühlt sich nicht betreut. Man fühlt sich nicht willkommen [...].“

Und später leitet die Person daraus folgenden Aufruf an die Bundesregierung ab:

„Hey, wenn ihr uns wirklich helfen wollt als Bundesregierung, ihr habt Macht zu allem eigentlich, was man hier in Deutschland machen kann und darf, helft uns doch wenigstens auf gesundheitlicher Ebene. Damit die Menschen, von denen ein Mensch leider gehen musste, wenigstens gesund weiterleben können. Das ist so ein Ansatz, der wäre für mich, in meinen Augen wirklich sehr wichtig. Und das wäre ein Ansatz zum Beistand. Es wäre ein Ansatz zum Gedenken, es wäre ein Ansatz zum Für-uns-da-Sein.“

In diesem Zusammenhang fragt sich eine interviewte Person dann auch, was die Errichtung eines derartigen Zentrums den Angehörigen angesichts der Folgen der Morde und des staatlichen-gesellschaftlichen Umgangs im Lichte ihrer weiter bestehenden gesundheitlichen und sozio-ökonomischen Problemlagen wirklich bringen würde:

„Es ist generell gut, so eine Dokumentation zu machen. Aber was sollte man da zeigen? Sollte man die Erlebnisse unserer Familie, unserer Angehörigen zeigen? Den Mord an unseren Menschen? Und dann, was daraus entstanden ist in den Familien? Was würde das bringen? Was würde das bringen? Ich meine, ob jetzt jemand da hingeht oder ... Ich weiß nicht, ob das was bringen würde, muss ich ehrlich sagen. wenn du so etwas auf die Beine stellst und so viel Geld investierst, dann musst du es auch fördern, dann musst du die Menschen vielleicht aufrufen, dahin zu gehen und nicht einfach hinstellen und dann, verstehst du?“

Angesichts der eigenen prekären finanziellen und gesundheitlichen Situation infolge der Entwicklungen wägt die interviewte Person den finanziellen Einsatz für die Errichtung und den Betrieb eines derartigen Zentrums ab. Gerade angesichts der Erfahrungen mit kontinuierlichen Folgeproblemen auf „taube Ohren“ und „geschlossene Türen“ zu stoßen, gelten „Prioritäten“ einer direkten finanzielle Unterstützung der Lebenden. Dies würde mehr Wiedergutmachung und Ehrung bedeuten als die Errichtung eines Gedenkortes:

„Du ehrst damit diesen Toten nicht, indem du ein Dokumentationszentrum aufstellst und drei Millionen aus gibst oder vier Millionen oder fünf Millionen und die Angehörigen im Stich lässt und verrätst und sie ihrem Schicksal überlässt. Und wir müssen kämpfen wegen jedem Antrag, ist das nicht paradox?“

Andererseits muss die Person auch einige Minuten später im Gespräch einräumen:

„Es ist aber generell gut, dass dieses Dokumentationszentrum entsteht und dass die Menschen sehen, was aus diesen Geschehnissen geworden ist und was das mit den Angehörigen gemacht hat.“

Der Gesprächspartner / die Gesprächspartnerin nennt im Gespräch mit uns mit Verweis auf die Situation der älteren Generationen und direkter Angehöriger als weitere grundlegende Problematik die der Retraumatisierung, die mit der Errichtung eines derartigen Ortes einhergeht:

„Und du kommst zurück als Vater, siehst deinen Sohn sterben beziehungsweise tot auf dem Boden liegen. Da gehst du nicht in ein Zentrum und schaut es dir noch mal an, um in Tränen auszubrechen dort. Das vermeidest du als sehr stark leidender Mensch.“

In diesem Sinne beurteilt die Person auch die Einladung zur Mitarbeit und ein partizipatives-inklusives Konzept für diese Generation skeptisch:

„[S]o ein Gedenkzentrum von Betroffenen aufbauen zu lassen, diese Verantwortung übergeben zu wollen, ist vielleicht gutmütig gemeint, aber nicht realistisch, finde ich. [...] Weil, die Menschen sind auch etwas älter geworden und die zweite Generation erklärt sich vielleicht nicht so bereit, wie ich es tue. Und da wird man nicht viele Menschen finden, die dann sagen: ‚Hey, wir bauen was auf mit euch, wir sind dafür bereit, wir opfern dafür Zeit und Geduld und alles Mögliche.‘ Das wird schwierig.“

4.1.2 Ort des Gedenkens und der positiven Erinnerung

„[A]lso, wir möchten eigentlich den Opfern ein Gesicht und 'ne Stimme geben, und das sollte auch in diesem Erinnerungsort einfach weiter funktionieren.“ (interviewte Person)

Viele Betroffene denken beim Stichwort „Dokumentationszentrum/Erinnerungsort“ an einen Ort der Einkehr, der dem Leben ihrer ermordeten Angehörigen gewidmet ist. Die Menschen hinter den Mordopfern, so die Interviewten, sollen nicht in Vergessenheit geraten, und das Leben, das sie hatten, und ihre Persönlichkeit weitergetragen werden.

„Also wenn jemand da reinkommt, ein Kind, und sieht [Name des Opfers] dass man so seinen Lebenslauf vielleicht beschreibt, was er gemacht hat, wie er nach Deutschland gekommen ist, was ihn überhaupt nach Deutschland geführt hat, was für ein Leben er hatte und wie er, wo er gearbeitet hat, was so seine Lebensabsichten seine Hobbys waren, zum Beispiel.“ (interviewte Person)

In den Zitaten spiegelt sich das Bedürfnis, einen ästhetisch wertvollen Ort zu schaffen, in denen sich die ermordeten Angehörigen ebenfalls wohlfühlt hätten. Einen Willkommensort, einen Ort der „Schönheit“ (interviewte Person) und der „Wärme“ (interviewte Person), der etwas „positives“ (interviewte Person) ausstrahlt. Einen Gegen-Ort zur Gewalt der Rechtsterrorist*innen und der Kälte des institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus, den die Familien miterleben mussten. So würde auch ein

Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin einen derartigen Ort mit positiven Symbolen, die an das Leben des Ermordeten erinnern, ausschmücken wollen, wie es die Familie bereits in Hamburg für den lokalen Gedenkort in der Hamburger Schützenstraße durchsetzen konnte, indem sie das städtische Denkmal um ein eigenes Denkmal in Form eines Ensembles aus Kirschbaum und Stern erweiterten:

„Aber wie können wir das Ganze anschaulich machen? Und meine Mutter hatte immer diesen Stern, der ist ja auch hier in Altona. Wir haben einen Kirschbaum. Das sind so Sachen, die würde ich mir zum Beispiel vorstellen in einem Gedenkzentrum, wenn da eine Ecke mit meinem [Angehörigen] ist, dass da ein Stern ist, ein Kirschbaum. Dass da ein Text über ihn steht, verfasst von seiner Familie und nicht von irgendjemand anderem. [...] Dass Positives ausgestrahlt wird auch irgendwie. Dass die Menschen mit uns weiterleben, dass diese Menschen nicht in Vergessenheit geraten. Das ist das, was man sich wünscht.“

Besonders ist auch, dass einige der Betroffenen sich vorstellen können, unter den richtigen Voraussetzungen und des Inhalts des Konzepts sogar bereit zu sein, wichtige persönliche Gegenstände dort auszustellen, wie es ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin sagt:

„Oder weißt du, was auch sehr, sehr schön wäre, und ich glaube, das würde auch das erste Mal so irgendwie stattfinden ..., dass man so persönliche Dinge für die Leute, also für dieses Zentrum mitgibt, das muss natürlich sehr, sehr sicher sein, wie zum Beispiel ein Tesbih (Gebetskette) von meinem Vater, den er immer in der Hand hatte. Oder seine Armbanduhr, die immer an seinem Arm war, dass die Leute auch so persönliche [betont:] Dinge von denen sehen [...]“

Die Ideen sind vielseitig und kommen aus tiefstem Herzen, eine Wundertüte mit Süßigkeiten, ein Plakat, ein Blumenstrauß – Gegenstände, die an das Wirken und das Alltagsleben der Ermordeten erinnern. Der Wunsch, einen Ort zu betreten, an dem man gerne ist oder sich wohlfühlt, an dem man sich selbst erkennt, scheint die erste Voraussetzung zu sein für einen Erinnerungsort. Hierbei äußerten manche Gesprächspartner*innen wie eine interviewte Person relativ präzise Vorstellungen, wie eine einladende Ästhetik gestaltet werden könnte:

„Also, es sollte ein Heimatgefühl ausdrücken, wie gesagt, es sollte die Betroffenen fühlen lassen, als ob man nicht in eine fremde Umgebung geht. Im Sinne von vielleicht etwas mediterran gestalten. Ja, ich finde, also das ist meine persönliche Meinung, ich finde Gebetsteppiche sehr schön. Ich finde die Musterungen auf den Teppichen sehr schön. An den Wänden könnte man so etwas machen. Es kommt natürlich auch darauf an, wie groß der Raum ist, wie er geschnitten ist und alles. Dadurch halt das Beste rauszuholen, ne? Die Menschen fühlen sich erst wohl, wenn sie etwas Bekanntes erkennen zum Beispiel. Wie zum Beispiel ich, wenn ich in einen Raum komme und ein Gebetsteppich sehe, finde ich es schön. Da fühle ich mich wohler, als wenn ich zum Beispiel in ein Krankenhaus reinlaufe.“

Etwas anders gelagert, aber auch eine weitere interviewte Person erachtete es als wichtig, über den Kontext der Einwanderung ihrer Familie in einem derartigen Ort zu sprechen:

„Richtig und von unseren reichhaltigen Erfahrungen als zweite Generation der Gastarbeiterfamilie, das können wir doch gut kombinieren, was die jungen Menschen heutzutage nicht wissen. Die hören das und klar, ab und zu glaube ich auch, habe ich das Gefühl, dass die Generation heute diese Gastarbeitergeschichte ungern hört, dass wir Nichtdeutsche geholt worden sind, vertraglich geholt worden sind. Vielleicht irre ich mich da, ich möchte mich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, aber mein Gefühl ist, dass die heutige Gesellschaft das ein bisschen zu wenig thematisiert.“

4.1.3 Ort der Solidarität, Vernetzung und Resilienz

„Es ist aber auch eine Wunschvorstellung, da, wie gesagt, jeder mit seinen eigenen Problemen zu kämpfen hat. Da jeder Betroffene mit dem Verlust auch anders umgeht, anders an die Außenwelt herangeht. Es hat ja auch viele verändert, sage ich mal, so, wie sie auf Sachen zugehen, wie sie etwas Neues anfangen. Ob sie sich überhaupt trauen, etwas Neues anzufangen. Es hat vielen auch vielleicht die Lebenskraft geraubt, so, in dem Sinne. Und, wie gesagt, ich würde mir sehr wünschen, dass man gut vernetzt ist mit den Betroffenen. Und ich, ja, ich schreibe auch ab und zu mit [betroffene Person] jetzt so. Ja, ich wünsche mir eigentlich nur mehr Kontakt zu den Betroffenen. Das ist so das. Weil, letztendlich kann man sich nur gegenseitig dann positiv beeinflussen, sich Beistand zusprechen und auch Verständnis, weil, letztendlich kann man nur von den anderen Betroffenen auch Verständnis erfahren.“ (Interviewte Person)

Angesichts der im Großen und Ganzen ausbleibenden gesellschaftlichen Hilfe, Anteilnahme und ehrlich gemeinten Entschuldigung sowie des ritualisierten staatlichen Erinnerns beziehen sich viele Gesprächspartner*innen nicht nur positiv auf einzelne zivilgesellschaftliche Unterstützungskreise und Einzelpersonen, wie wir es unter 3.2. kurz angerissen haben; vielmehr sehen sie vor allem im gegenseitigen Kontakt und einer Vernetzung die Möglichkeit, Verständnis zu finden und sich gegenseitig zu stärken, wie es ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin hier formuliert. Auch eine weitere interviewte Person sieht in der Vernetzung der Betroffenen eine wichtige Aufgabe eines derartigen Zentrums

„Ja ... das letzte Treffen war hier in Dortmund und das Bündnis hat ... viel telefoniert und auch viel um Unterstützung des Finanziellen gesorgt. Aber zum Beispiel jetzt demnächst in Berlin wird das leider nicht stattfinden; das kann man ja auch offen sagen: aus dem Grunde, weil der Initiative dort einfach das Geld fehlt ... und da wäre das für die Betroffenenorte noch mal viel leichter, wenn man so eine Räumlichkeit ... und finanzielle Unterstützung hat.“

Mit einem zukünftigen Dokumentationszentrum verbinden die Überlebenden die Chance, dass sich Räumlichkeiten oder auch nur finanzielle Ressourcen wie Unterkunft, Reisegelder und Organisation für die Betroffenenvernetzung akquirieren lassen. Andererseits weisen die Interviewten darauf hin, dass für eine Unterstützung der Vernetzung nicht auf solch einen Ort gewartet werden müsse.

Vor allem die Aktiven unter unseren Gesprächspartner*innen, die im letzten Jahrzehnt vor Ort wie auch überregional bereits bildungspolitisch sowie hinsichtlich der Vernetzung der Betroffenen sehr tätig waren, wünschten sich durch die Initiative zu einem Dokumentationszentrum strukturelle und finanzielle Unterstützung ihres bereits bestehenden Engagements. Angesichts der bisher fehlenden Finanzierung derartiger selbstorganisierter Erinnerungsarbeit ist diese durch einen hohen Grad an Ehrenamtlichkeit und Prekarität gekennzeichnet. So meint ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin:

„Ja, also du merkst, wir machen wichtige Arbeit [...] Aber uns fehlen einfach die Räumlichkeit und die finanziellen Mittel.“

In diesem Sinne betonen zwei Gesprächspartner*innen während des gemeinsamen Gesprächs immer wieder, dass sie letztlich als politische Bildnerinnen bereits seit Jahren im Rahmen der Erinnerung und der Aufklärung tätig sind:

„Also, ja, das ist, was wir auch eigentlich jahrelang machen [...] Und klar, hätten wir eine Möglichkeit und einen Raum, würden wir's ja natürlich machen, also?“

Und eine interviewte Person ergänzt im Gespräch:

„Also, es ist ja auch einer unserer Wünsche, in so einem Zentrum unsere Arbeit zu machen und den Menschen von uns zu berichten und über den NSU und seine Verbrechen zu sprechen.“

Dabei formulieren sie durchaus, dass die Dokumentationszentrums-Initiative nicht etwas Neues schaffen, sondern für ihr bereits bestehendes Engagement infrastrukturell und finanziell einen sehr wichtigen, stabilisierenden Beitrag darstellen könnte:

„[A]ber die Arbeit wäre natürlich ganz, ganz anders, wenn man einen transparenten Ort hat, wo man dann auch hingehen kann.“ (interviewte Person)

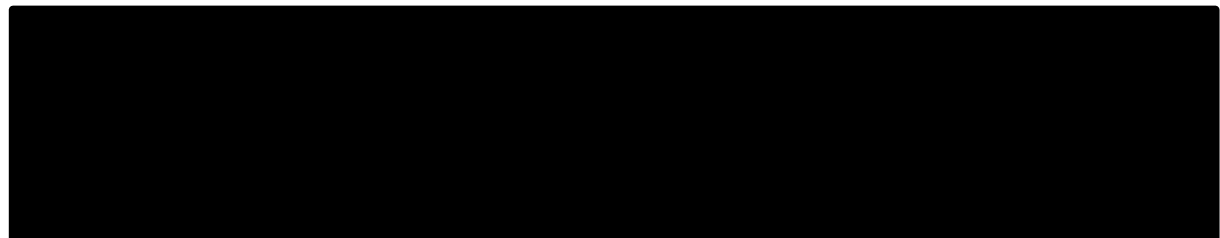
„[W]enn wir einen Raum hätten für uns.“ (interviewte Person)

Zusammenfassend hierzu noch einmal die interviewte Person:

„[U]nd das dann wäre für die Betroffenenorte noch mal viel leichter, wenn man so eine Räumlichkeit hat und 'ne finanzielle Unterstützung hat, ja.“

Die Realität diverser Formen der Selbsthilfe oder Betroffenenorganisation sollte aber nicht als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden. Schmerzhaftes Erinnerungen, der Gedanke, teilweise über Jahre hinweg alleingelassen worden zu sein (siehe hierzu auch Kap. 3.), hat vielen „die Lebenskraft geraubt“, wie es interviewte Personen formulieren. Doch der Wunsch nach Vernetzung ist stark, „denn letztendlich kann man auch nur von den anderen Betroffenen Verständnis erfahren“, wie oben zitiert wurde.

Eine weitere Dimension von Austausch und Vernetzung bringt eine interviewte Person in die Diskussion ein. Für die Person hätte so ein Ort vor allem die Funktion, einen antirassistischen Raum zu generieren, der Betroffene, Initiativen und Stimmen gegen Rassismus zusammenzubringen vermag:



Und ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin formuliert dies wie folgt:

„Ein solches Zentrum zum Beispiel sollte nicht an einem abgelegenen Ort sein, nicht nur auf dem Papier, sondern ein NSU-Zentrum gegen Rassismus. Es muss aktiv sein.“

4.1.4 Ort der Aufklärung – „Es gab ja eigentlich eine Botschaft der Tat“

„Also, es ist schon wichtig, dass man in diesem Dokumentationszentrum auch erfährt, was für staatliches Versagen man in diesem Land, in dem NSU Fall hatte. Und wir haben das ja alles miterlebt und das hat uns dazu geführt, dass wir Familien dadurch auch kaputt gegangen sind. Und dass uns in der Zeit das Trauern auch so genommen wurde. Also nicht nur ich und [weitere betroffene Person] sagen das, dass für uns die schlimmste Zeit vor der Enttarnung war, sondern alle anderen Familien sagen das auch, mit denen wir Kontakt haben. Und deswegen finde ich, dass es sehr, sehr wichtig ist, dass die Menschen erfahren, was für Pannen in unserem Land passiert sind [...].“ (interviewte Person)

Und ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin ergänzt:

„Aufklären! Und auch wirklich, auch wenn’s nicht’ aufgeklärt wurde, Pannen, dass man das auch aufrichtig da alles hinschreibt [...], das muss man vielleicht von Jahr zu Jahr machen und detailliert beschreiben, was alles da passiert ist, was wir gesagt haben [...].“

Ein wichtiger gemeinsamer Punkt ist die Forderung nach „lückenloser Aufklärung“, die am 23.02.2012 von der damaligen Bundeskanzlerin Merkel versprochen wurde. Dieses Versprechen wartet immer noch auf seine Erfüllung, denn niemand aus dem Kreis der Betroffenen hat das Urteil aus dem Gerichtsprozess vor dem OLG München von 2013 bis 2018 mit Zufriedenheit aufgenommen. Die Trio-These, mit einigen wenigen Mitwissern, steht dem migrantischen Wissen, wie es auch die Gespräche mit den Angehörigen zum Ausdruck bringen, entgegen. Die Auswahl der Orte und der Grund für die Ermordung ihrer Angehörigen blieb unbeantwortet. Warum wurden migrantische Selbstständige oder Mitarbeiter ermordet? Wer hat den Terroristen die Schleichwege gezeigt oder die Geschäfte, die nur lokale Insider kennen konnten? Dies sind Fragen der Betroffenen, wie ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin ausführt:

„Warum wollte denn dieses Trio vor allem türkischstämmige Bürger [töten]? Was war denn eigentlich die Nachricht an die Community der türkischstämmigen ...? Das sollte vielleicht noch mal aufgegriffen werden, es gab ja eigentlich ’ne Botschaft, aber darum kümmert sich heutzutage niemand, aber es muss ja ein Ziel gehabt haben. Abschreckung? War es Abschreckung? War es vielleicht: ‚Ihr seid hier nicht erwünscht‘? ‚Wir möchten nicht, dass ihr Geld verdient‘? Halt, weil, in diesen Jahren war es ja auch so historisch, dass die Gastarbeiter einfach sich zu Selbstständigkeit entwickelt haben.“

Im Kreis der Betroffenen gibt es dabei ein klares Verständnis von der Botschaft der Taten, die sich gegen die manifestierende Anwesenheit einer migrantischen Wohnbevölkerung wandte mit einer Signalwirkung über die Mordopfer hinaus. Die Motivation der Täter*innen ist hierbei für die Angehörigen, klar als Rassismus zu verstehen.

„Yani mesela acayip, bir ırkçılık, böyle bir terörün tarafında yapıldı ki, o kadar ki devlet nezdinde net olduğu için, olduğu halde nasıl şey yapmadılar, acaba kimler vardı? Yani bana göre daha çok bunların arkasında kimler vardı? Yani detaylı o, olay gerçekleşen belki sırada sempatanları olabilir.“
(Interviewte Person)

Übersetzung: „Ich meine, zum Beispiel gab es einen krassen Rassismus auf der Seite dieser Terrorist*innen, so sehr, dass es dem Staat klar sein musste, aber warum haben sie nichts dagegen unternommen? Ich frage mich, wer dahintersteckt? Ich meine, meiner Meinung nach, wer steckt dahinter? Ich meine, im Einzelnen kann es Sympathisanten gegeben haben, als diese Vorfälle stattfanden.“

Zum anderen geht es den Interviewpartner*innen aber auch darum, die Ermittlungsspannen im Detail zu betrachten und die einzelnen beteiligten staatlichen Institutionen zu thematisieren. Hierbei geht es zum einen um den Verfassungsschutz, zum anderen um die Polizei:

„[U]nd das kann man auch in dem Zentrum transparent machen, was ist der Verfassungsschutz und was ist deren Arbeit?“ (interviewte Person)

„Ja ... Wie wurden denn diese Akten geschreddert und warum? (interviewte Person)

Die Debatte über die Erfüllung des Aufklärungsversprechens im NSU-Komplex und die Auseinandersetzung mit staatlichem wie auch gesellschaftlichem Rassismus sollte, wie bereits ausgeführt, aus der Perspektive der Angehörigen eine zentrale Aufgabe einer Einrichtung wie dem „Dokumentationszentrum/Erinnerungsort“ darstellen. Hierzu gehören auch Anklagen wie von Ismail Yozgat, der den Mord an seinem Sohn und die Existenz eines Verfassungsschützers am Tatort bei Tatbegehung jedes Jahr aufs Neue thematisiert. Der Frage, wie das Verhältnis zu staatlichen Ermittlungsakteur*innen im Rahmen von Aktivitäten eines derartigen Zentrums generell gestaltet werden könnte, standen die Gesprächspartner*innen „gespalten“ gegenüber:

„Ja das ist schwierig zu beantworten [oder] das zu pauschalisieren finde ich, weil in Frankfurt diese Polizeistation, die auch diese ganzen privaten Anschriften von meiner Anwältin freigegeben hat, zum Beispiel ... Also dann denke ich mir, was hat die Polizei da zu suchen? Aber natürlich gibt es, gab's auch den einen oder den anderen Beamten, der wirklich einfach, der das mitempfunden hat und mitgespürt hat, wie's meiner Mutter damals gegangen ist.“ (interviewte Person)

„Ich finde, die sollen sogar kommen, die müssen sogar kommen, weil ...“ (interviewte Person)

„... damit die sehen [betont:], ne, was die da alles falsch gemacht haben ... Und ich finde, die Polizei an sich ... die geben ja noch nicht mal zu, dass die unter sich ein Problem haben [...].“ (interviewte Person)

4.1.5 Ort der Prävention und Selbststärkung

„Das Gedenkzentrum sollte eine gewaltfreie und harmonische Zukunft äußern [...]. Ja, also aufklären ist mir am wichtigsten. Ne, deswegen meinte ich auch, deswegen habe ich das am Anfang mit den Schulen angesprochen, dass die Menschen aufgeklärt werden und dadurch auch vorgebeugt werden kann.“ (Interviewte Person)

Viele Gesprächspartner*innen wünschten sich neben einer historischen, der Aufarbeitung dienenden Darstellung der Taten in den 2000er-Jahren einen Raum für die nachkommenden Generationen im Sinne eines gesellschaftskritischen, aufklärenden und präventiven, aber auch heilenden Dialogs.

„Dayanışma kiminle? Dayanışma mesela, oradaki sivil toplum örgütleriyle, belediye ile, polisi ile. Yani hani insanların devletten çekinmeden bir şey anlatması. Ya da bir şey anlattığı zaman insanlara korku salmaması, insanları dışlamaması. Yani devletle halk arasında bir iletişim olması lazım. İletişim olduğu zaman daha iyi oluyor. Çünkü bir de yapılan, dediğim gibi sadece ırkçılığın her türlü bir kontrol altına alınması lazım. Psikolojisi var bunun, saldırganları var. Şimdi öyle bir yer, merkez olması lazım ki bunların arşivlenmesi lazım. Burada insanların mağduriyetleri kayıt altına alınması lazım. Burada daha

önce, buradaki mesela bu ırkçı saldırısı yapanların belki toplayıp hapse atamazsın ama kontrol altında tutabilirsin. Kayıt altına alınması lazım ve ülke güvenliği için. Çünkü verdikleri zarar, bu zarar devlete de yaşayanlara da yani zarar tümüne yansıyor. Çocuklarına yansıyor, okuluna yansıyor çocuğun. Buradaki insanın yaşantısına, iş gücüne, belli bir mevkiye geldiği zaman uğradığını. İnsanlar burada kendini daha güvenli hissetmesi lazım. Sağlıklı bir gelecek için.“ (Interviewte Person)

Übersetzung: „Solidarität mit wem? Solidarität zum Beispiel mit den dortigen Organisationen der Zivilgesellschaft, mit der Gemeinde, mit der Polizei. Mit anderen Worten, die Leute sollen etwas sagen, ohne Angst vor dem Staat zu haben. Oder wenn sie etwas sagen, sollten sie keine Angst schüren oder Menschen ausgrenzen. Mit anderen Worten, es sollte ein Dialog zwischen dem Staat und den Menschen stattfinden. Denn, wie ich schon sagte, müssen alle Formen des Rassismus unter Kontrolle gebracht werden. Er/der Rassismus hat eine Psychologie, es gibt Angreifer.“

Nun, es sollte einen solchen Ort geben, ein Zentrum, wo diese Dinge archiviert werden, wo die Beschwerden der Menschen aufgezeichnet werden. Wo diejenigen, die zum Beispiel rassistische Übergriffe begangen haben, vielleicht nicht zusammengetrieben und ins Gefängnis gesteckt werden können, aber man sie unter Kontrolle halten kann. Es muss erfasst werden, und zwar für die Sicherheit des Landes. Denn der Schaden, den sie anrichten, wirkt sich auf den Staat und die Menschen aus, die hier leben. Er wirkt sich auf ihre Kinder aus, er wirkt sich auf ihre Schulen aus. Er wirkt sich auf das Leben der Menschen hier aus, auf die Arbeitskräfte, wenn sie eine bestimmte Position erreichen. Die Menschen sollten sich hier sicherer fühlen. Für eine gesunde Zukunft.“

Dass eine Ausrichtung auf die Zukunft auch eine gesteigerte und intensive Kommunikation mit der Gesellschaft, aber auch innerhalb der betroffenen Communitys mit sich bringt, wird von Betroffenen, hier z. B. der Keupstraße in Köln, ganz klar benannt. Diese Kommunikation soll entstehen, um ähnlichen rassifizierenden Darstellungen oder gar rechtsterroristische Taten in der Zukunft zu verhindern und dabei auch einen anderen Umgang mit den Orten und den Betroffenen aufzeigen, als es die polizeiliche Behandlung des Ortes nach dem Nagelbombenanschlag am 09.06.2004 tat. So fragt auch ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin danach:

„Wie kann man darüber noch 100 Jahre weiterreden? Wie kann das Ziel des Überlebens dieser Orte für die nachfolgenden Generationen erreicht werden?“

Dabei schildern alle Gesprächspartner*innen den Wunsch, ihre Erfahrungen zukünftigen Generationen in einer präventiven Absicht und mit Blick auf eine gewaltfreiere Zukunft weiterzugeben. Und viele können sich hierbei eine aktive Rolle vorstellen, so auch ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin

„Du kannst dir eine Geldsumme wünschen, du kannst dir, wie ich es mir wünsche, Gesundheit für deine Familie wünschen, Unterstützung in dem Bereich. Unterstützung im Bildungssinne. Ich möchte mich sehr gerne weiterbilden. Ich möchte sehr gerne Menschen und Kinder darauf sensibilisieren, gut zueinander zu sein, nicht Gewalt zu verherrlichen, nicht das Ansehen im Internet zu verherrlichen, sondern das Offenherzige und das Menschliche, ja, zu rehabilitieren, weil es irgendwie langsam ausstirbt.“

Auch eine interviewte Person zieht trotz all seiner geschilderten Enttäuschung, Verbitterung, Wut und Erschöpfung Kraft aus Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen, wie die Person am Beispiel einer Veranstaltung in einer bayerischen Schule schildert. Für die Person seien derartige Begegnungen, in denen sie Interesse und Anteilnahme findet, eine Form der „Therapie“:

„Das ist ein schöner Ort mit einem kleinen Ort, wo ich in einer Schule gesprochen habe mit Hauptschülern und danach mit Gymnasiasten und danach auf einer Veranstaltung mit angehenden Pädagogen, was sehr interessant war. Ich habe mich da so reingesteigert, dass ich in diesem Hörsaal angefangen habe zu weinen. Das war, ich habe mich so vertieft in die, wo die Kinder da waren und diese Jugendlichen, und dann hat mich das über-, übermannt irgendwie, diese, diese Liebe und diese Hilfe oder dieses Interesse, was ich in den Augen dieser Kinder gesehen habe, das hat mich überwältigt, mein Freund, dass die Kinder gekommen sind und mich versucht haben, die mich umarmen wollten, um mir schöne Worte zu sagen, um mich aufzupeppen. Das hat mir so gutgetan und das tue ich auch gerne und da tue ich das auch umsonst, solange man mir die Reise zahlt. Da würde ich auch so hingehen, weil mich das ja, das ist ein Stück weit für mich Therapie [...]. Danach am Abend war eine offene Veranstaltung, war auch das Theaterstück ‚NSU-Monologe‘ zu sehen, und mit mir als Gast und verschiedene Gespräche mit den Menschen vor Ort, das war sehr interessant, also ich war zwei Tage da, oder wenn ich zum Beispiel die Möglichkeit hätte, in Gefängnissen zu sprechen, mit, mit Menschen, die aus rechter Gewalt in so eine Situation gekommen sind oder die sich verändern wollen [...].“

Ein derartiger Ort wurde oft als ein Raum beschrieben, in denen eine engagierte Zivilgesellschaft zusammenkommen sollte und in der neben einer ästhetischen, künstlerisch sensiblen Darstellung der Leben der Betroffenen und Angehörigen auch Bildungsarbeit geleistet werden kann. Einige Gesprächspartner*innen können hierbei auf viele gute Erfahrungen mit derartigen literarischen und künstlerischen Aufarbeitungen verweisen, die sie allein oder in Zusammenarbeit und Unterstützung mit engagierten Einzelpersonen, Künstler*innen und Unterstützungskreisen bereits produziert haben. So verweist beispielsweise auch eine interviewte Person auf ein Buch von Birgit Mair, welches die Geschichten der Familien in den Mittelpunkt stellt und auf Bildungsveranstaltungen immer eine große Wirkung erziele. Auch ein weiterer Gesprächspartner/ eine weitere Gesprächspartnerin berichtet, dass sie in Reaktion auf ihr Buch „Schmerzliche Heimat“ viele Empathiebekundungen erhalten habe. Weiterhin fährt sie mit ihrem Buch zu Lesungen und Podiumsdiskussionen:

„Natürlich kann man auf uns zu. Es gab dann viele, die mir E-Mails geschrieben haben, die mich über soziale Kontakte, über soziale Medien versucht haben zu erreichen und die mir Empathie ... Beileid gewünscht haben.“

Ein enger Vertrauter eines Gesprächspartners/ einer Gesprächspartnerin, der während des Gesprächs ebenfalls mit am Tisch saß, unterstrich, dass es bereits einige bildungspolitisch zu nutzende Projekte seitens der Betroffenen gab, welche im Rahmen eines derartigen Prozesses zu einem Dokumentationszentrum unterstützt werden sollten:

„Deswegen wäre das gut, wenn es auch so dafür ein Budget gäbe, weil ja die Betroffenen immer wieder im Prozess sind, was sie entwickeln wollen. Das hat sich jetzt so ergeben hier mit dem Buchprojekt, weil [Name eine*r Unterstützer*in] auf uns zugekommen ist. Aber auch mit [Name eine*r Unterstützer*in], da war ja auch so die Idee, mal eine szenische Lesung zu machen, wo dann auch eure Geschichte aufgegriffen wird, weil, ihr seid ja lange befreundet und seid auch immer noch im Austausch und macht auch gemeinsam viel.“

Dabei macht eine interviewte Person deutlich, dass mit der Einbindung der Betroffenen in die Planung und Organisation derartiger Materialien sowie ihr Einsatz als Referent*innen auch immer eine rassismuskritische Perspektive verbunden ist:

„[D]as spielt ja beides eine sehr, sehr wichtige Rolle, ich meine, die Morde sind ja entstanden durch Rassismus und, und das kann ich ja nicht zur Seite legen, also, wenn ich dann, wenn wir dann in den Schulen sind oder in den Klassen sind, dann wird über den NSU, aber auch über Rassismus gesprochen, und das sind ja Themen, die gehören ja auch zusammen.“

Andere Gesprächspartner*innen wie beispielsweise eine interviewte Person, die erst seit kürzerer Zeit aktiv auch in der Öffentlichkeit auftritt, wünschen sich neben der finanziellen Unterstützung von Projekten auch Fortbildungsmaßnahmen, um sich als Angehörige fundierter und professioneller selbst in der politischen Bildungsarbeit beteiligen zu können:

„Wir sind nicht gerade wohlhabend, sage ich mal so, das ist so. Ich würde mich gerne weiterbilden. Ich würde ganz gerne, was weiß ich, irgendwelche Auszeichnungen an meiner Wand haben und an irgendwelchen, wie nennt man das denn noch mal, Fortbildungen teilgenommen haben. Ja, aber wenn so eine Fortbildung halt 5000 Euro kostet, dann kann ich das leider nicht.“

Zusammenfassend zeigen die Gespräche, dass sich die interviewten Angehörigen trotz Skepsis und massiver Enttäuschungen, und obwohl einige die sozialen Probleme infolge der Taten und des Umgangs stark beeinträchtigen, alle der Idee viel abgewinnen können, einen Ort zu haben, der ihre Geschichten würdigt. Mit einem derartigen Ort verbinden sie nicht nur die Möglichkeit, den NSU-Komplex, das Vorgehen der Ermittlungsbehörden sowie den zugrunde liegenden Rassismus zum Thema zu machen und weiter aufklären zu können, auch erhoffen sie sich von dieser Beschäftigung eine heilende Wirkung für ihre eigenen und familiären Traumata sowie eine präventive Wirkung für zukünftige Generationen. Zum anderen wünschen sie sich, diesen Raum zu einem Erinnerungsort an das Leben ihrer ermordeten Angehörigen ausgestalten zu können, sowie auch einen Raum zur Stärkung der Betroffenennetzwerke zu erhalten. Dabei wurde auch deutlich, dass einige unserer Gesprächspartner*innen selbst bereits Materialien generiert haben und als Redner*innen und politische Bildner*innen sehr aktiv in die Öffentlichkeit gehen, oftmals unterstützt von wichtigen lokalen Vertrauenspersonen und Unterstützungsnetzwerken, was jedoch bislang nie groß finanziert und infrastrukturell nachhaltig gefördert wurde. In dieser Hinsicht haben die Gespräche deutlich gemacht, dass bereits viel Material, Imaginationen, Vorstellungen und Ideen sowie Erfahrungen im Bereich der politischen Bildung vorhanden sind.

4.2 Struktur

4.2.1 Lokalisierung: „Da, wo die Migranten leben“

„[U]a definitiv, ob's jetzt für mich Dortmund ist oder Berlin ist, ist eigentlich egal. Hauptsache, wir können einfach, wir kämpfen für Gerechtigkeit, wir geben unseren Vätern ein Gesicht und eine Stimme. Und wir machen weiter, darum gehts uns ja [...].“ (interviewte Person)

Die Befragten plädierten beinahe geschlossen für eine dezentrale Struktur. Hierbei gab es ein klares Votum für Räumlichkeiten an den Orten der Familien der Ermordeten. Die meisten Betroffenen leben noch in den Städten der Tat und die Erfahrungen, Erinnerungen und Lebensgeschichten der Betroffenen sind dort noch lebendig.

„Aslında bana göre böyle merkezlerin daha çok haksızlığa, yabancıların olduğu bölgede olması lazım. Ve bunun bire bir insanlara anlatılması lazım. Burada nasıl bir işlevi yapıyor? Burada sadece yabancıların uğradığı haksızlıkların, önceden burada böyle olaylar yaşanmış. Hani bu nesilde nesile. Hani burada daha önce böyle bir örgüt varmış. İşte böyle saldırılar, cinayetler işlenmiş. Böyle bir merkezin mesela, تنها, کنار yerde sadece kâğıt üzerinde böyle bir ırkçılığa karşı bir NSU merkezi kuruldu değil. Aktif olması lazım.“ (Interviewte Person)

Übersetzung: Meiner Meinung nach sollten solche Zentren in Gegenden angesiedelt werden, in denen es mehr Ungerechtigkeit und Ausländer gibt. Und das sollte man den Leuten persönlich erklären. Was für eine Funktion wird hier erfüllt? Nur Ausländer haben hier Ungerechtigkeiten erlitten, solche Vorfälle gab es hier schon früher. Von Generation zu Generation. Im Sinne von, früher gab es hier eine solche Organisation. Es gab solche Angriffe und Morde. Ein solches Zentrum, zum Beispiel, sollte nicht an einem abgelegenen Ort liegen, nicht nur auf dem Papier als ein NSU-Zentrum gegen Rassismus bestehen. Es muss aktiv sein."

Ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin wünscht sich, wie das Eingangs aufgeführte Zitat zum Ausdruck bringt, dass die Lokalisierung eines derartigen Zentrums oder derartiger Erinnerungsorte an die migrantische Erfahrung vor Ort gekoppelt wird, wobei es ihr auch dabei etwas egal ist, wo genau ein derartiges Zentrum etabliert wird.

Viele Betroffene plädieren dabei für die eigene Herkunftsstadt, da dort mittlerweile unterstützende Strukturen bestehen und ohnehin Veranstaltungen stattfinden, wie im vorausgegangenen Kapitel bereits deutlich wurde. In diesem Sinne sind einige der „Betroffenenorte“ (interviewte Person) bereits Orte der kritischen Beschäftigung mit dem NSU-Komplex, der Geschichte der Familien und ihren Migrationsbiografien geworden. In Dortmund, München, Köln und Nürnberg führen Betroffene und befreundete Initiativen, wie dargestellt, schon seit Jahren Stadtpaziergänge, Führungen, Workshops in Schulen oder sonstige Bildungstätigkeiten durch, und es sind teilweise auch Gedenkort und -veranstaltungen mit der Stadt etabliert worden.

„[A]lso, ich sage jetzt: Dortmund nicht, weil ich aus Dortmund komme und das ist meine Heimat ist [...], sondern einfach, wenn ich so zurückblicke, es werden viele Veranstaltungen in Dortmund gemacht, wir besuchen viele Schulen in Dortmund. Und, ja die Stadt an sich arbeitet auch sehr [...] mit, und also, Dortmund ist noch mal für mich ganz, ganz anders, also die Arbeit, die das Bündnis macht, wenn du danach mit [einer vertrauten Person] gleich sprichst, der kann dir dann noch mal erzählen, was wir an Arbeiten hier machen. Und ich finde so, Dortmund hat das verdient.“ (interviewte Person)

So kam als eine wichtige Forderung auf, doch diese schon vorhandenen Infrastrukturen zu stärken, indem man die bereits etablierten, ehrenamtlich durchgeführten Tätigkeiten finanziell und infrastrukturell absichert. So wünschten sich, wie im letzten Kapitel bereits ausgeführt, vor allem die aktiven Angehörigen rechtlich wie finanziell gesicherte Räumlichkeiten an ihren Orten, in denen Betroffene ihrer Tätigkeit als Referent*innen bezahlt nachgehen könnten.

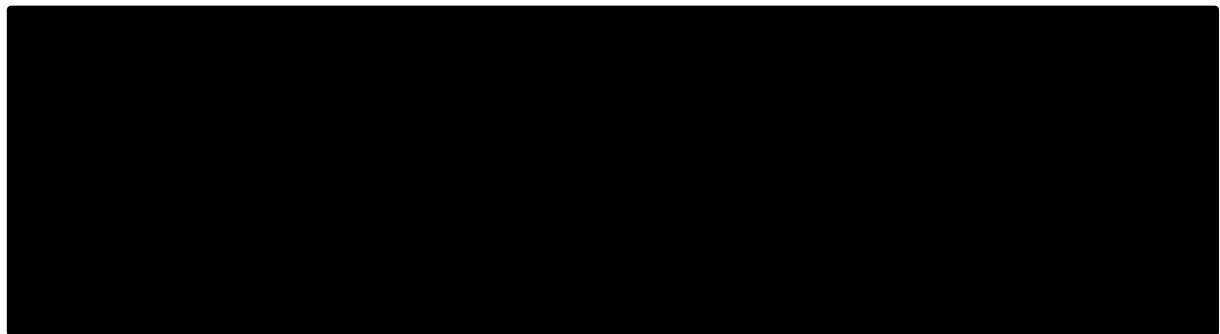
Ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin nennt im Gespräch einen weiteren Grund für eine dezentrale Lokalisierung derartiger Zentren. Einen Ort außerhalb der tatsächlichen Heimatorte der Betroffenen und Angehörigen erscheint aufgrund der Distanz vor allem für die ältere Generation nur schwer erreichbar.

„Ja, es wäre megacool. Wäre auf jeden Fall ansehnlicher als ein zentraler Ort irgendwo in Deutschland, wo man dann anreisen muss, wo man dann, ja, sage ich mal, das mit Fahrtkosten, mit so ein bisschen Stress verbindet, ne? Ich muss dahinfahren, ich muss dableiben, ich muss da hin. So, und dann kann man die Zeit ja dort auch genießen. Aber es ist so etwas. Ich gehe von zu Hause weg, und es fällt vielleicht nicht den meisten einfach, ne, den Betroffenen. Zum Beispiel meine Oma und mein Opa werdet ihr niemals sehen, wenn in Köln irgendwo ein Zentrum ist. Niemals.“

Dabei wiesen alle Gesprächspartner*innen darauf hin, dass unter allen Umständen eine Konkurrenz zwischen den Betroffenenorten zu vermeiden ist und auch deshalb eine dezentrale Struktur mit mehreren „Zweigstellen“ (interviewte Person) zu favorisieren wäre. So meint ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin im Gespräch um die mögliche Struktur:

„Ich habe halt Angst wegen der Spaltung, ne weil ... so aus Bayern sind fünf Menschen gestorben, und wenn man diese zentrale Stelle in Dortmund macht, dann kommt das dann zu Spaltung – warum Dortmund?“

Und auch eine interviewte Person plädiert für einen solidarischen Umgang zwischen den Betroffenenengruppen:



Dabei wiegen interviewte Personen im Gespräch das Für und Wider einer dezentralen Struktur, die dann jedoch alle Städte umfassen müsste, und einer zentralen Lösung ab. Dabei kann ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin angesichts der möglichen Konkurrenzsituation zwischen den Betroffenenstädten, die entstehen könnte, wenn es zu einer Auswahl zwischen ihnen käme, durchaus auch einer zentralen Lösung etwas abgewinnen:

„[M]acht man das überall in allen Städten, was ja gerechtfertigt ist, oder man macht wirklich einen Zentralort irgendwie, vielleicht in Berlin: Jetzt sagst du, warum Berlin? Na, einfach, da Berlin die Hauptstadt von Deutschland ist. Da muss man halt mit ein bisschen Feingefühl (haben), so ein bisschen überlegen, ich glaub', das ist am Anfang so schwierig, einen Ort zu benennen, weil die anderen Betroffenen werden, dann jeder wird, seinen eigenen, seine eigene Stadt nennen.“

Ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin bringt hierbei den Gedanken der „Zweigstellen“ ins Gespräch mit ein:

„[S]agen wir mal, es kann ein oder zwei zentrale Orte geben, aber zum Beispiel in Dortmund wollen wir einen Erinnerungsort haben, und das kann ja als Zweigstelle dienen, genauso wie in Nürnberg, Hamburg, Rostock. Ja, deswegen diese Zweigstellen, dass sie dann sagen, hier, jede Zweigstelle bekommt was weiß ich wie viel, 50 000, damit wird die Miete bezahlt und die Arbeit vor Ort, um Bücher zu kaufen oder halt Veranstaltungen durchzuführen, die Lesung [betont:] hier dann mit dir auch durchzuführen.“

4.2.2 Bezugnahme auf „Betroffenenorte“

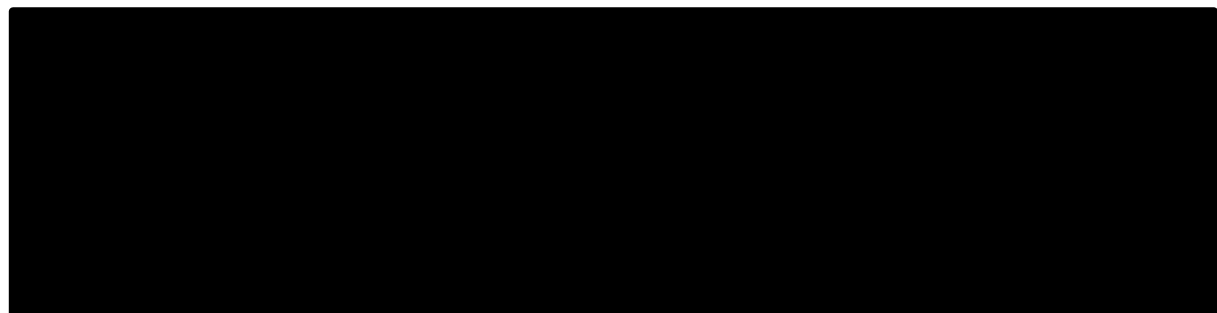
Es wurde in den Interviews auch das Doku-Zentrum-Projekt in Sachsen angesprochen, da einige Interviewpartner*innen selbst in den Prozess eingebunden waren oder davon gehört hatten. Dabei ist die Einschätzung bzgl. eines Zentrums in Ostdeutschland gespalten, wie es ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin formuliert:

„Also, das sind ja so gemischte Gefühle. Also, wir haben auch damals darüber gesprochen und die Idee war ja, dass man grade in diesen Orten ein Zentrum errichtet, wie es auch in Planung ist ... Also, es ist natürlich grade wichtig, in diesen Orten solch ein Zentrum zu machen. Wir wissen ja alle, da sind die meisten Nazis und viele Jugendliche ... Und das ist wichtig! Aber ich hab’ zum Beispiel auch mit meiner Mutter schon darüber gesprochen, und sie meinte zum Beispiel so: ‚Wie soll ich denn da hingehen? Also, das ist zum Beispiel kein Ort oder keine Stadt, wo ich da hingehen kann.‘ Und ja, da bin ich so gespalten, einerseits finde ich das sehr wichtig, grade in dieser Stadt, aber andererseits ist es sehr schwer für Familienmitglieder, kann ich mir ganz gut vorstellen – nicht nur für meine Mutter –, in diese Stadt zu gehen.“

Insbesondere der ersten, aber auch der zweiten Generation ist eine Anreise zu den Rückzugs- und Lebensorten der Terrorist*innen kaum zu vermitteln bzw. würde weitere Schmerzen wachrufen, wie die Interviewten betonen. Auch das generell als rassistisch eingeschätzte gesellschaftliche Klima schreckt Betroffene ab, sich vorzustellen, dorthin zur Erinnerung dorthin reisen zu müssen, wie es eine interviewte Person ausdrückt:

„Sachsen? Da würdet ihr mich niemals sehen, weil ich ganz genau weiß, da werden mich die Menschen doppelt so oft auf meinen Bart ansprechen und auf meine Haare. Oder: ‚Woher kommst du denn?‘ Und das ist mir unangenehm. Ich möchte das nicht.“

Die Person weist zudem auf den Stress und die fast unaushaltbare Situation hin, die dadurch ausgelöst wurde, dass man beim OLG-Prozess einer Täterin wie auch bekennenden Nazis als Nebenkläger*innen bei den Verhandlungen gegenüber sitzen musste. Eine Anreise zu den Ermöglichungsorten der Rechtsterrorist*innen wird daher als „seltsame“ Forderung beschrieben:



Dennoch wird eine Thematisierung des Täter*innennetzwerks in Sachsen von einigen Betroffenen als wichtig angesehen, da die jahrzehntelange Ignoranz gegenüber rechter Gewalt und dem Aufstieg der rechten Szene, aus der der NSU hervorgegangen ist, zum NSU als Komplex dazugehört. Eine Betroffenenperspektive, wie sie die Gesprächspartner*innen formulieren, bedeutet jedoch eine klare Hinwendung auf die Lebens- und Wirkorte der Opfer. Das Problem einer aufkommenden Konkurrenzsituation kann laut

Interviewteilnehmer*innen gelöst werden, indem in West und Ost Räumlichkeiten und Erinnerungsorte in allen Herkunftsstädten der Opfer und Betroffenen errichtet werden.

Und ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin favorisiert auch in dieser Hinsicht wieder die Lösung von „Zweigstellen“, die keinen Ort und keine Perspektive hierarchisieren würde

„[Z]um Beispiel, wenn es nur ein Dokumentationszentrum gäbe, sagen wir mal in Chemnitz, jetzt können ja so Zweigstellen sein an den Tatorten. Da ist Dortmund, Nürnberg also nicht unbedingt ein Museum, sondern, was wir erreichen wollen in Dortmund, [ist] ein Erinnerungsort, wo wir diese Arbeit mit Jugendlichen oder auch Erwachsenen machen können, aber auch wo Interessierte kommen können, um sich in dieses Thema einzulesen, das wär' so eine Möglichkeit [...]“

4.2.3 Zwischenresümee

Neben einer klaren Ablehnung, irgendwo an abgelegenen Orten ein zentrales Dokumentationszentrum zu schaffen, wurden eine dezentrale Struktur favorisiert, und hierbei vor allem Orte, an denen die Migrant*innen leben und die Erfahrungen noch lebendig sind. Das Doku-Zentrum Projekt in Sachsen wurde mit Verständnis aufgenommen, aber Reisen dorthin eher kritisch gesehen. Vor allem wollen die Betroffenen jedoch Konkurrenzsituationen untereinander vermeiden.

4.3 Organisationsstruktur

Für den weiteren Prozess und die Finanzierung wurde das Gebot der Transparenz als unabdingbar bezeichnet. Die Befürchtung, dass die Betroffenen wieder nur pro forma nach ihren Wünschen befragt werden, wurde mehrfach geäußert, da aus den bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Projekten deutlich wurde, dass viele Stellen „etwas tun, nur um hinterher zu sagen, man habe etwas getan“ (interviewte Person). Tatsächlich wurde bisher wenig von dem verwirklicht, was versprochen wurde. Zur Transparenz gehört daher ein direkter offener und ehrlicher Informationsaustausch über die tatsächlichen Realisierungsoptionen. Folgende Elemente und Punkte wurden in den Gesprächen zur Organisationsstruktur jedoch deutlich thematisiert:

4.3.1 Migrantisches Wissen ins Zentrum stellen

Wie in unseren Ausführungen bereits deutlich wurde, geht es den interviewten Betroffenen stark um eine migrantisch situierte Perspektive. Die Betroffenen sehen sich als Träger*innen des (Erfahrungs-)Wissens sowohl hinsichtlich der rassistischen Ermöglichungsbedingungen der Taten sowie in Bezug auf den staatlichen, medialen und gesellschaftlichen Umgang

damit, das die Grundlage und den Zentralfokus einer derartigen Institution darstellen sollte. Und dies nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch und personell:

„Tabii canım şimdi mesela bana kalırsa bu eğer böyle bir şeyinin, böyle bir merkezin, böyle bir kuruluşun kurulduğu zaman bunun içinde yabancılarla ağırlıklı olması lazım, Almanlarla. Burada kolektif çalışma olması lazım. Yani sadece orada Almanların olmaması lazım. Ama gerçekten bu işle bilgisi olanlar yönetmesi lazım. Bu işle ilgilenenler, devlet memuru gibi adam oraya atılmaması lazım.“
(Interviewte Person)

Übersetzung: „Natürlich, jetzt zum Beispiel, wenn so etwas, so ein Zentrum, so eine Einrichtung gegründet wird, sollte sie meiner Meinung nach überwiegend mit Ausländern besetzt sein, und Deutschen. Es sollte dort kollektiv gearbeitet werden. Das heißt, es sollten nicht nur Deutsche dort sein, sondern diejenigen, die sich auf diesem Gebiet wirklich auskennen, sollten es leiten. Diejenigen, die sich für dieses Gebiet interessieren, sollten nicht wie Beamte dorthin entsendet werden.“

Dabei haben die Gesprächspartner*innen, wie wir bereits unter 4.1. herausarbeiten konnten, durchaus Interesse, selbst ihre Erfahrungen aus Jahren politischer Bildungsarbeit zum Themenkomplex einzubringen, und sich hierin im Rahmen eines derartigen Zentrums zu professionalisieren, wäre ein Wunsch eines Gesprächspartners/ einer Gesprächspartnerin:

„Also, es ist ja auch noch mal einer unserer Wünsche, in so einem Zentrum unsere Arbeit zu machen und den Menschen von uns zu berichten und über den NSU und deren Verbrechen zu sprechen.“

Dabei heben die Betroffenen wie auch die Unterstützer*innen in den Gesprächen mit uns immer wieder hervor, dass die bereits etablierten aktiven Strukturen und Projekte meist ehrenamtlich und unterfinanziert ihrer Tätigkeit nachgehen und so Materialien erarbeiten. Die Hoffnung, die mit der Idee eines Dokumentationszentrums verbunden ist, ist nicht nur, dass diese bereits etablierten Strukturen und Aktivitäten hierdurch auch endlich infrastrukturell gestärkt und abgesichert werden könnten (siehe Ausführungen unter 4.1.), sondern, dass die aktiven Betroffenen im Rahmen eines derartigen Zentrums mit ihren Expertisen als Professionelle behandelt werden und einen professionellen Platz finden. Ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin meint vor dem Hintergrund ihrer bisherigen Erfahrungen, dass sie oftmals als „Zeugin“ eingeladen werde und die Projekte ihre eigenen Veranstaltungen ehrenamtlich organisierten:

„[A]ber warum wird das eine ehrenamtliche Arbeit? Das könnte ich nicht verstehen ... Wenn wir eigentlich diejenigen sind, die die Arbeit machen [...].“

So meint auch eine interviewte Person, Mitbegründer/-in der Tribunal-Serie „NSU-Komplex auflösen“ und enger Vertrauter einiger Betroffener, dass ein ernsthafter Umgang mit den Betroffenen und ihrer aktiven Rolle sich auch auf Ebene der Personalpolitik und Finanzierung ausdrücken müsse:

„Wer kriegt die Jobs? Und was [ist] mit den Betroffenen? Was haben die davon, ganz konkret? Das ist natürlich eine total wichtige Frage. Insofern müsste ein Dokumentationszentrum was Lebendiges [sein], irgendwie, dabei bleiben in so einem Austausch, wo die Betroffenen irgendwie mitgedacht werden ... Weil eben viele Betroffene ja selber Bildungsarbeit machen. Weil, das [ist] ja auch so ein Problem, die Bildungsarbeit wird die ganze Zeit von Bildner*innen gemacht, die kriegen ihren Job,

verdienen ihr Geld, und die Betroffenen werden immer wieder dahin eingeladen, um zu erzählen als Zeug*innen, haben aber dann nichts, gar nichts von, in dem Sinne von Professionalisierung oder auch dem Geld.“

Dabei geht es einem Gesprächspartner/ einer Gesprächspartnerin nicht nur um die eigenen Aktivitäten, sondern auch um die Situation der Unterstützer*innen, die bislang auch das meiste ehrenamtlich erbringen:

„[D]as kann ich überhaupt nicht verstehen. Also ich finde es gut zum Beispiel, auch das Bündnis in Dortmund, die machen viel ehrenamtlich. Aber eigentlich ist das wichtige Arbeit und ganz viel Zeit, was die Leute mitbringen. Und man darf nie vergessen, dass diese Menschen, wie zum Beispiel [Name einer vertrauten Person], auch Familie [haben] ... Und warum kann er nicht, das was er gerne macht, damit auch Verdienste erzeugen, sodass er auch mit seiner Familie davon leben kann.“

4.3.2 Transparenz, Mitentscheidungsbefugnisse und Autonomie

Angesichts der bisherigen Erfahrungen wurde von allen thematisiert, dass die getroffenen Entscheidungen transparent gehalten und in ehrlicher Kommunikation den Betroffenen gegenüber offengelegt werden sollten.

„Es muss transparent sein.“ (interviewte Person)

Der NSU-Komplex hat gezeigt, dass auf der sicherheitsbehördlichen wie auch medial-politischen Seite nur über die Opfer und Familien geschrieben bzw. gesprochen, in den meisten Fällen ein respektvoller Umgang auf Augenhöhe aber verwehrt wurde. Bei der Entscheidungsfindung ist daher eine Involvierung der Betroffenen erforderlich, ohne die die Betroffenen nicht mitwirken möchten.

„Und Entscheidungen treffen, wo die Familien nicht involviert sind, dann nein, aber wenn wir wie heute natürlich auch gefragt werden: ‚Wie soll es denn aussehen? Was stellt ihr euch vor?‘, und wir auch ein Bestandteil von dem allem sind, dann natürlich sehr, sehr gerne, also unbedingt sogar, das wollen wir ja auch.“ (interviewte Person)

Als hilfreich für die Ausrichtung der Orte wurde auch eine Zusammenarbeit mit antirassistischen Netzwerken und Bündnissen genannt, die ohnehin im Kontakt mit den Betroffenen stehen und bei der Ausrichtung und Vermittlung der Inhalte helfen können.

„Anti-ırkçı gruplarla onlarla iletişimleri olması lazım. Yani oradaki insanların oraya nasıl yönlendirilir, orada ne yapılır, neyi anlatabilirsin, nasıl yardımcı olabilirsin. Çünkü ırkçılık bir hastalık gibi bir şey.“ (Interviewte Person)

Übersetzung: „Sie sollten in Kontakt mit antirassistischen Gruppen stehen. Mit anderen Worten, wie man die Leute dorthin lenkt, was man dort tun kann, was man erklären kann, wie man helfen kann. Denn Rassismus ist wie eine Krankheit.“

Dabei formulieren einige Gesprächspartner*innen im Gespräch auch den Wunsch auf eine gewisse Autonomie in Sachen Budgetverwaltung bzw. wie bereits erwähnt die Vorstellung, durch die Initiative zu einem Dokumentationszentrum endlich auch finanzielle Ressourcen für die bereits bestehenden Aktivitäten zu bekommen:

„Also auf jeden Fall muss auch so die Möglichkeit bestehen, dass ihr selber nur entscheidet, also die Angehörigen. Also auch so ein festes Budget, wo ihr sagt, dass wir entscheiden, wie das Geld ausgegeben wird, ne, also nicht nur einen fragen, sondern dass so alle gemeinsam sagen: ‚Hey wir haben so und so viel Budget, wie teilen wir das auf?‘“ (interviewte Person)

Und ein Gesprächspartner/ eine Gesprächspartnerin greift den Faden auf und meint:

„Ja, was ist denn in diesem Moment wichtig? Wo möchten wir das ausgeben? Wen möchten wir denn einladen?“

4.4 Vorgehen – weitere Prozessgestaltung: „Ich möchte nicht mehr enttäuscht werden“

„[I]ch meine, wir haben doch so lange darauf gewartet, also, wir warten immer so lange darauf, und wir machen wichtige Arbeit. Und wir erwähnen ja auch immer wieder, vor allem ich sag es immer wieder: Ich möchte ein Ort für das alles, und jetzt hab ich so das Gefühl, ich weiß nicht [...].“ (interviewte Person)

„[I]ch möchte nicht mehr enttäuscht werden [...].“ (interviewte Person)

„[J]a, ich würde es echt sehr enttäuschend finden, wenn das jetzt erst in zehn Jahren [schmunzelt] entstehen würde [...].“ (interviewte Person)

„[J]etzt schreib du erst mal alles auf und die sollen sich erst mal damit befassen [alle lachen], ne? Ob die wirklich [lacht] die Kraft haben, uns gegenüber zu sitzen und uns zuzuhören ... bleibt abzuwarten.“ (interviewte Person)

Die Betroffenen gehen mit ihrem Erfahrungswissen schon lange an die Öffentlichkeit, auch wenn diesem Wissen nur in bescheidenem Maße Konsequenzen gefolgt sind. Alle Betroffenen sind in Erwartung einer Verwirklichung der in diesem Zwischenbericht aufgezeigten Forderungen. Es macht vielen Mut, zwölf Jahre nach der Selbstenttarnung zu sehen, dass Schritte eingeleitet werden, die den jahrelangen Forderungen der Betroffenen entsprechen. Die Hoffnung ist, dass die Realisierung dieser Forderungen nicht noch ein weiteres Jahrzehnt dauert. Weitere Enttäuschungen sollten daher vermieden werden.

„Also, wenn’s wirklich interessante Leute [sind], die sich dafür interessieren und uns ernst nehmen, gerne. Aber wenn es uninteressante Leute sind, die wieder was, einfach nur, um was gemacht zu haben, und so sich mit uns unterhalten wollen, dann [betont:] nein.“ (interviewte Person)

Die Realisierung eines Zentrums oder solcher Zentren wurde von einem Betroffenen als einer der bisher „gesündesten“ Vorschläge beschrieben, die er mitbekommen hat. Ein Gesprächspartner / eine Gesprächspartnerin beschreibt aber sehr prägnant die Problematik zwischen Hoffnung und Scheitern, die in diesem Projekt liegt. Erstens gibt es eine Unmenge an Informationen, Akten und Materialien, die weitergegeben wurden und die in einem „Dokumentationszentrum“ gesammelt werden könnten, um daraus Analysen zu ziehen. Auch wenn der Staatsapparat einer Kritik unterzogen wird, so entstehe durch solche Projekte die Möglichkeit der Vertrauensbildung, um „beruhigt schlafen zu können“. Aber das Projekt müsse mit Inhalt gefüllt werden und unterliege der Bedrohung des Scheiterns,

jedenfalls dann, wenn die Informationen nur selektiv gesammelt werden, um sie irgendwo abzuschließen und zu vergessen.

„Ya şimdi örnek diyelim ki, tabii şimdiye kadar yani hani binlerce bilgi toplandı. Yani sivil toplum örgütleri, işte bizim derneğine gitmemiz, işte polisin ifadeleri var, işte bu olayın bizim bildiğimiz, bilmediğimiz tarafından, işte gizli servisin bunlarla ne kadar bilgi, sağlıklı bilgi alıp verdiğine. Yani şimdi bunları mesela böyle bir merkezden toplanıp değerlendirildiği zaman insanın bir mağdur olarak hoşuna gider. Bana burada bir haksızlık yaptı ama ben devleti belki suçluyorum. Belki o zamanki yapıyı suçluyorum ama en azından şu andan bundan sonra rahat yaşayabilirim. Yani geleceğim için. Şimdi burada sağlıklı bir şey var mı? Yok. Ama şimdi mesela bana kalırsa şimdiki anlatılanlardan şu ana kadar bana göre en sağlıklı proje böyle bir projenin olması. Bunun da bu ne derece içini dolduracaklar? Ne samimiyetlikle, o da ne derece acaba sadece belli bir bilgi toplayıp öyle unutulur gider mi?“
(Interviewte Person)

Übersetzung: „Nehmen wir zum Beispiel an, dass bisher Tausende von Informationen gesammelt worden sind. Mit anderen Worten, Nichtregierungsorganisationen, unsere Arbeit mit den Initiativen, die Aussagen der Polizei, die Seite dieses Ereignisses, die wir kennen, die Seite, die wir nicht kennen, wie viele Informationen, brauchbare/gesunde Informationen, [die] der Geheimdienst mit ihnen ausgetauscht hat. Ich meine, wenn diese Dinge von einer solchen Stelle gesammelt und ausgewertet werden, dann gefällt mir das als Betroffener. Er hat mir hier ein Unrecht angetan, aber vielleicht gebe ich dem Staat die Schuld, vielleicht gebe ich der damaligen Struktur die Schuld, aber wenigstens kann ich von jetzt an gut leben. Ich meine für meine Zukunft. Gibt es hier jetzt irgendetwas Gesundes? Nein. Aber jetzt zum Beispiel ist meiner Meinung nach das gesündeste Projekt, was bisher erzählt wurde, die Existenz eines solchen Projekts. Inwieweit werden sie es ausfüllen? Wie ernsthaft und inwieweit werden sie nur bestimmte Informationen sammeln und sie dann vergessen?“

5 Resümee

Alle von uns befragten Opfer und Betroffenen sprechen sich für eine stärkere Auseinandersetzung mit der von ihnen erfahrenen rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. aus. Sie wünschen sich dafür Räume und Orte – jedoch **keinesfalls reine Orte der Dokumentation, sondern Orte des Gedenkens, der Solidarität, des Zusammentreffens, der gesellschaftlichen Aufklärung, des Lernens sowie der Gestaltung einer gewaltfreien Zukunft**. Die von den Interviewten beschriebenen Orte haben mehrere Dimensionen und Funktionen – sie reflektieren dabei die mehrdimensionalen Erfahrungsebenen der rassistischen Gewalt 1999–2007 ff. und bilden Grundlagen für heutige Handlungsmöglichkeiten. Dabei verstehen die befragten Opfer und Betroffenen diese Orte stets als eine direkte Unterstützung ihrer eigenen Aktivitäten. Zudem wird die Schaffung von Räumlichkeiten auch als Ort der Resilienz für Opfer und Betroffene verstanden. Ein Bezugsraum ist dafür immer wieder das Projekt 140 qm der Betroffenen des rassistischen Anschlags von Hanau am 19. Februar gewesen.

Die befragten Opfer und Betroffenen sind in unseren dialogischen Formaten bereit gewesen, das angekündigte Vorhaben der Bundesregierung weiterzudenken. Sie erwarten dabei aber auch ein staatliches Engagement, das selbstständig aus den zahlreichen eigenen Fehlern lernt und eine **neue Form der Zusammenarbeit mit Opfern und Betroffenen** etabliert. Ihre bisherige Erfahrung mit staatlichen Maßnahmen zeigt zu einem Großteil, dass Opfer und Betroffene zwar adressiert und in einen staatlichen Raum professionell moderierter Zeremonien eingeladen werden, diesen Raum jedoch meist nicht mitgestalten dürfen. Solch sich wiederholende Erfahrung verschlechtert die Lage der Opfer und Betroffenen eher, da die Wiederholung des Leids sich potenziell zu einer zusätzlichen Erfahrung der Gleichgültigkeit verdichtet. Es scheint nie das Problem gewesen zu sein, dass Opfer und Betroffene staatlichen Aktivitäten nicht beigezogen hätten. Sie berichteten viel eher vom Problem einer mangelnden Empathie wie auch der fehlenden Tiefe des Interesses sowie der eher schwachen Aufmerksamkeit für ihre Themen. Hier wird erwartet, dass im Rahmen des Konsultationsprozesses der Lernprozess erste Früchte trägt und ein anderer Umgang als bisher gewohnt praktisch wird.

Für die Opfer und Betroffenen steht im Mittelpunkt, im Rahmen der Errichtung eines derartigen Ortes **sichtbar und hörbar zu sein**, unabhängig von ihrem konkreten Zeiteinsatz für ein spezifisches Projekt. Sie verdeutlichten, dass ihr Beitrag bereits geleistet sei und jede weitere Aktivität im Kontext des Entstehungsprozesses ein zusätzliches Engagement darstelle. Durch ihr in vielen Fällen über 20-jähriges Engagement bieten sie bereits eine **Vielzahl von Impulsen für die Gestaltung weiterer Aktivitäten** der Aufklärung, Ermittlung, Dokumentation und Vermittlung an, die ernst genommen und aufgegriffen werden sollten.

Dazu gehören auch eine größere Offenheit und eine **unkompliziertere Unterstützung der Opfer und Betroffenen in alltagsrelevanten Bereichen**. Bis heute vermissen Opfer und Betroffene, dass sich ihrer Probleme angenommen wird. In den meisten Fällen konnten sie nur dann eine Verbesserung ihrer Situation erreichen, wenn sie ein solidarisches Umfeld hatten, dass sich für sie eingesetzt hat. Diese Aktivitäten entsprangen jedoch aus keiner regelhaften Struktur. Es waren Künstler*innen oder politische Aktivist*innen, die in einem empathischen Eigenengagement aktiv geworden sind. Auch Barbara John als offizielle Ombudsbeauftragte der Bundesregierung agiert als Ehrenamtliche und kann Veränderungen nur im Rahmen ihrer eigenen Kräfte und ihrer Netzwerkarbeit erreichen. Hier wünschen sich die interviewten Opfer und Betroffene deutliche Verbesserungen. Wenn stattdessen Geld und Engagement nur für repräsentationale Zwecke wie ein Dokumentationszentrum investiert wird, läuft dies Gefahr, die Bedarfe der Opfer und Betroffenen zu ignorieren, gerade, wenn ihnen konkrete Unterstützungsmaßnahmen entsagt wird.

Das angekündigte Engagement der Bundesregierung kann gerade dann Wirkung entfalten, wenn es **an bestehende Aktivitäten der Opfer und Betroffenen anknüpft**. Eine übergreifende Vernetzung von Opfern und Betroffenen rassistischer Gewalt wurde bereits selbstständig organisiert, erfordert aus Mangel dauerhaft gesicherter Strukturen jedoch enorme Kraftanstrengungen. Hier könnte ein größeres Engagement für Opfer und Betroffene bereits heute ansetzen und deren selbstständige Aktivitäten im Bereich der Bildungsarbeit und des Erinnerns grundlegend fördern. Die Personen, die heute schon in der Bildungsarbeit aktiv sind, wünschen sich vor allem auch eine Stärkung ihrer eigenen Arbeit. Dies reicht von der Schaffung von Räumlichkeiten als Bildungsorte über eine dauerhaft finanzierte Referent*innentätigkeit bis hin zu festen Stellen. Angebote, die den Opfern und Betroffenen bisher nie unterbreitet wurden, jedoch unkompliziert und zeitnah möglich wären.

Dies knüpft auch an einen weiteren Wunsch der Opfer und Betroffenen an: **Die Mehrortigkeit des Engagements zu fördern und zu stärken**. Der größte Vorteil scheint in einer Dezentralität zu liegen, da die Aktivitäten der Opfer und Betroffenen häufig an ihren Wohnorten stattfinden und gewünscht wird, dass ein Erinnern und Gedenken an die Opfer an den Orten vergegenwärtigt/erinnert wird, an denen sie gelebt haben und die sie prägten.

Aktivitäten in Sachsen werden als wichtig angesehen, aufgrund der virulenten Bedrohungslage für migrantisch markierte Menschen ist Sachsen jedoch kein Ort, den regelmäßig zu besuchen sich Opfer und Betroffenen vorstellen könnten. Der sächsische Prozess steht nur marginal mit ihren eigenen Bedürfnissen im Zusammenhang.

Opfer und Betroffene wünschen sich Orte, die in ihrer Gestaltung einladend sind und eine Wärme ausstrahlen. Sie sprechen sich für Orte aus, die das Leben ihrer verlorenen Angehörigen positiv in den Mittelpunkt stellen. Dazu gehört, die **Lebens- und Migrationsgeschichte der Betroffenen zu thematisieren**, sowohl auf der persönlichen als

auch auf der stadtgesellschaftlichen Ebene. Es sind damit Orte, die in Interaktion mit dem Stadtraum und der Stadtgesellschaft treten, wie es im englischsprachigen Raum gerade unter dem Konzept der „community based memorial sites“ diskutiert wird. Hier gehört für Opfer und Betroffene unabdingbar dazu, sowohl ihre eigene Lebenslage als auch die Kontexte und Bedeutungen der Taten zu verstehen.

Damit wünschen sich die Gesprächspartner*innen die Entstehung von Orten, die den bisherigen schlechten Erfahrungen der Opfer und Betroffenen entgegenlaufen und an bestehende Erlebnisse von Empathie und Solidarität anknüpfen. Sie unterstreichen den Wunsch nach Orten, an denen sich Erlebnisse des Zuhörens, der Aufmerksamkeit so verdichten, wie es im Rahmen von Bildungsveranstaltungen oder während der Tribunal-Veranstaltungen erlebbar war.

Dazu gehört auch, die wiederkehrende Erfahrung von Rassismus zu thematisieren, insbesondere über die physische Gewalt hinausgehende Erfahrungen von institutionellem Rassismus. So gehört zu einer Dokumentation des Geschehenen zwingend eine Dokumentation der Polizeiarbeit, des problematischen Verhaltens der Geheimdienste, insbesondere des Verfassungsschutzes, wie auch die strukturelle Entmündigung durch Medien, Justiz und parlamentarische Untersuchungen. Es ist eine Auseinandersetzung in Gänze und ohne Lücken, die sich die Opfer und Betroffenen wünschen.

Es bleibt festzuhalten, dass wir in unseren Interviews eine positive Resonanz zu solch einem Erinnerungsprojekt feststellen konnten. Einige unserer Gesprächspartner*innen haben (Abschnitt 4.4.) betont, dass es auch ihren **langjährigen Forderungen entsprechen** würde, wenn an ihre Angehörigen als Teil der bundesdeutschen Geschichte erinnert und der Gesamtkomplex der rassistischen Gewalt und der staatlichen Problematiken für zukünftige Generationen bearbeitet wird. Aber sie fügen hinzu, dass die Enttäuschung wieder sehr groß werden wird, wenn die Umsetzung noch mal zehn Jahre dauert. Eine Lösung könnte in der Dezentralität der Orte und in der sofortigen finanziellen und infrastrukturellen Unterstützung bestehender Erinnerungsorte sowie des Engagements der Betroffenen liegen.